

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 14. September 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Roten-
 zettel oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Fruchtifizieren wir?

Man kann es wohl verstehen, wenn sich bei der allgemeinen Erregung über die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich Stimmen erheben, welche gründlichere Vorkehrungen, insbesondere eine bessere Ueberwachung der sich als Propagandisten der That aufspielenden Individuen fordern, damit derartige wahrnehmbare Missethaten verhütet werden. Verfehlt aber erscheint es schon, wenn nach neuen Zwangsgeetzen in denjenigen Ländern gerufen wird, welche bisher ihre freie politische Verfassung trotz aller Beeinflussungen reaktionärer Nachbarstaaten bewahrt haben.

Bekanntlich wollten die europäischen Regierungen schon früher und besonders wieder nach der Ernennung des Präsidenten Carnot im Jahre 1894 internationale Vereinbarungen gegen den Anarchismus treffen. Diese Absicht scheiterte hauptsächlich an dem Widerstande Englands. Jetzt werden dieselben Vorschläge von neuem laut. Es ist jedoch durchaus unerfindlich, wie man auf diese Weise irgend etwas zu erreichen hofft, sofern man dabei wirklich nur die Absicht verfolgt, Attentate unmöglich zu machen, sofern man nicht ganz andere Nebenabsichten verfolgt.

Einerseits vergißt man gänzlich, daß die Staaten, welchen man vorwirft, daß ihre Gesetzgebung den Anarchisten Vorschub leiste, thatsächlich außerordentlich scharfe Gesetzesbestimmungen gegen jederlei Anreizung und Verherrlichung von Attentaten bereits besitzen. Dies gilt insbesondere von der Schweiz, wie der von uns schon gestern zitierte Artikel des Gesetzes von 1894 allein schon beweist. Auch hat die schweizerische Regierung sich wahrhaftig niemals der geringsten Begünstigung gewaltthätiger Elemente schuldig gemacht. Im Gegentheil, die völlig unnötige Auslieferung zahlreicher Italiener an die heimischen Blutgerichte ist noch in aller Gedächtnis.

Und andererseits, wie oft soll es betont werden, daß man mit Zwangsgeetzen, seien sie national oder international, seien sie von noch so drakonischer Härte, nichts ausgerichtet werden kann! Gerade das unglückliche Italien bietet in unseren Tagen wieder ein Beispiel. Wo ist in einem europäischen Staate fürchtbarer gegen jede Volksbewegung gewüthet worden, als gerade in Italien? Wo ist seit Jahren die friedlich streitende, gewerkschaftliche und parlamentarische Arbeiterbewegung mit grausameren Gewaltmitteln bedrückt worden? Wo haben je die Kriegsgerichte blutigere Arbeit verrichtet? Und gerade in Italien hat der gewaltthätige Anarchismus immer wieder Wurzeln gefaßt, gerade von dort kamen die Caserio und Luceni, um auch in anderen Staaten ihr unheilvolles Werk zu betreiben.

Wie kann ein Einsichtiger da noch Erfolg erhoffen von vermehrter und verschärfter Gesetzgebung?

In ganz anderer Richtung müßten die Bestrebungen derer wirken, die ernstlich dem Verbrechertum, mag sich dies ein politisches Mäntelchen umhängen oder nicht, die Wurzeln abtragen wollen. Den sozialen Untergrund solcher Thaten gilt es zu erfassen.

Ist es dem Zufall, daß der Mörder der Kaiserin Elisabeth auf Schweizer Boden nicht ein Schweizer, sondern ein Italiener war? Kravalle und Messerstechereien, von Italienern begangen, sind in der Schweiz — leider muß man es sagen, so fern es auch gerade uns liegt, die italienische Nation anzuklagen — an der Tagesordnung. Wir erinnern an den großen Kravall in Auserried bei Zürich im Jahre 1896, der einen Aufruhr der ganzen Bevölkerung gegen die Italiener wegen zahlreicher feiger Messerstechereien darstellte. Polizei und Gerichte in der Schweiz haben jahraus, jahrein alle Hände voll zu thun mit der Aburtheilung von italienischen Messerfelben und Mördern.

Und in Italien selbst herrscht gleichfalls eine ganz außerordentliche Kriminalität. Frau Oda Olberg hat im letzten Heft der „Neuen Zeit“ eine statistische Arbeit über die Kriminalität in Italien veröffentlicht. Daraus erfahren wir unter anderem, daß wegen Mord und Todtschlag von je einer Million Einwohner im Jahr verurtheilt wurden in Frankreich (1893) 14, in Deutschland (1894) 9, in Oesterreich (1893) 15, in England (1894) 5, in Schottland (1895) 3, in Italien dagegen (1894) 68!

Das ist eine Erscheinung, die keineswegs mit dem südlischen Temperamente der Italiener erklärt ist. Es müssen besondere Umstände hinzukommen, die das heiße Temperament in so heillose Bahnen treiben. Dasselbe Naturell ist, wie die großen Schöpfungen des italienischen Volkes auf den mannigfachen Gebieten lehren, auch für die besten und edelsten Thaten befähigt. Und jene besonderen Umstände werden alsbald deutlich, sobald man die sozialen Verhältnisse des gegenwärtigen Italiens nur ein wenig betrachtet.

Systematisch wird das unglückliche italienische Volk auf tiefste Herabgedrückt, aufs grauenhafteste mißhandelt. Hunger und Hungertrockenheiten sind ständige Einrichtungen, die Volksbildung gleich null, die Herrschenden charakterlos und bestialisch, das Menschenleben ohne Werth, alle Bestrebungen der arbeitenden Massen sich selbst zu erheben, durch Organisation und Selbstbildung, werden brutal niedergedrückt, und wer dem aufstrebenden Volk die Hand reicht, wird im Zuchthaus lebendig begraben, wie unsere tapferen Genossen Kulischoff und Turati.

Ist es ein Wunder, wenn dieser niederdrückenden Saat hier und da so niederdrückende Früchte entsprossen? Man muß

sich wundern, daß sie so selten sind. Sie wären weit häufiger ohne die Propaganda der Sozialdemokratie, der es selbst auf dem ungünstigen Boden Italiens gelingt, die Volksmassen moralisch zu heben, indem sie ihnen Wissen und Selbstachtung und die Achtung fremden Menschenlebens beibringt, im Gegensatz zum Kapitalismus und Militarismus.

Wie wenig aber die Zwangsgeetze in Italien gegen den Anarchismus genützt haben, zeigt die Nachricht, daß am Montag auch in Mailand, wo die schrecklichsten Kriegsgerichts-sprüche fielen, wo aber früher der Anarchismus wie Boden zu fassen vermochte, ein gewisser Carlo Silas verhaftet wurde, der zum gewaltthätigen Umsturz auffordernde Kufurse vertheilt, und der bei seiner Verhaftung sagte: Hoch die Anarchie, Tod dem Könige! Das sind die Früchte der Unterdrückungsgeetze.

Jeder, der Augen hat zu sehen, der Verstand hat, die einfachen sozialen Zusammenhänge zu erkennen, der ernstlichen Willen hat — er kann darum nimmermehr seine Hoffnung auf neue Versuche gewaltsamer Beseitigung von Folgergeheimnissen setzen, während des Uebels Kern erhalten bleibt, aus dem die soziale Unthat, die man ausrotten möchte, immer wieder in neuer Gestalt hervorwächst.

Gewissen Vertretern der herrschenden Klassen in allen Ländern fehlt aber jene dritte Bedingung für Anwendung eines richtigen Heilverfahrens. Sie haben schon genug Augenschärfe, auch genug Verstand, um so einfache Dinge zu begreifen. Aber nicht haben sie den ernstlichen Willen.

Vielmehr suchen sie auch diese traurige Gelegenheit des Kaiserinmordes für ihre persönlichen, selbstthätigen, reaktionären Pläne auszunutzen.

Als der verkommene Robling, der erwiesenermaßen nicht das geringste mit der Sozialdemokratie gemein gehabt hatte, auf Wilhelm I. mit der Schrotflinte schoß, beschloß die Bismarck-Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie. Welch' noch weit ungeheurer Rhinismus aber, wenn jetzt die reaktionäre Presse und ihre Hintermänner den Mord, der an der Kaiserin von Oesterreich durch einen Italiener in der französischen Schweiz begangen wurde, für eine neue Hege gegen die Schweiz Sozialdemokratie, für neue Unterdrückungsmaßnahmen gegen die freie Wissenschaft und das freie Wort zu fruchtifizieren bestrebt sind.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ versteigt sich zu der gemeinen Bezeichnung, wir suchten den Mörder von unseren Hochschöhen abzuschütteln.

Wir Sozialdemokraten sind stets und überall bereit gewesen, die Konsequenzen unseres Thuns, unserer Propaganda zu tragen. Wir haben uns nicht vor Ausnahmegeetzen gefürchtet und haben unerschrocken dem Gefängnis getrotzt. Wenn aber niedrige Soldschreiber uns als Vorkarbenner und Schläger jener verbrecherischen Gewaltpropaganda zu verleumden suchen, so ist es unser gutes Recht und unsere Pflicht gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung zu zeigen, wo die wahren Ursachen der anarchistischen Thaten liegen und wo die geistigen Urheber und Mithilfenden sich befinden.

Die Kreise der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und jener anderen Blätter vom Schlage der „Post“ und der „Berliner Neuesten Nachrichten“ haben wahrlich nicht das geringste Verdienst daran, daß bei uns in Deutschland von einem gewaltthätigen Anarchismus keine Rede ist. Der einstige Nährvater der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Fürst Bismarck, hat alles Mögliche gethan, um die Arbeiterklasse durch politische Ausnahme- und wirtschaftliche Ausbeutungsgeetze zu erbittern und für ruhige Ueberlegung unfähig zu machen. Da war es die Sozialdemokratie — und sie ist es noch heute —, welche durch unablässige Verbreitung politischer Aufklärung die Ideen der anarchistischen Gewaltpropaganda in den Köpfen der deutschen Arbeiter nicht aufkommen ließ. Selbst in den schlimmsten Tagen des Sozialistengeetzes hat das damalige Zentralorgan der Sozialdemokratie die heftigsten Fehden gegen die Anarchisten ausgefochten.

Wenn daher jetzt reaktionäre Zeitungen den dreifachen Versuch wagen, die Sozialdemokratie mit dem Genfer Attentat in Verbindung zu bringen, so ist dem doch gar zu offenkundig, daß sie bei dieser Gelegenheit gern im Trüben fischen möchten, daß sie eine günstige Stunde gekommen wähen, um ihre brutalen, kulturfeindlichen Pläne wieder aufzunehmen, um zu gunsten despotischer Kapitalistenwünsche jede selbständige Arbeiterbewegung niederzuwerfen.

Der dieser Presse die Feder führt, wer davon Befriedigung seiner Interessen erhofft, das zeigt das folgende Telegramm, das dem Kaiser aus Düsseldorf zugesandt ist und das eines der gehäßigsten Unternehmerorgane, die „Berl. Pol. Nachr.“ mittheilt:

Die furchtbare That, welcher Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich zum Opfer gefallen ist, ist ein erschreckender neuer Beweis für die Ziele des Anarchismus und der zu diesem führenden Bestrebungen. Unter dem unsere Herzen auf das tiefste bewegenden Eindruck wissen wir uns mit Eurer Majestät einig in dem Gefühl der Pflicht, den Versuchen, unsere Religion, unsere Liebe zu unserer erhabenen Herrscherin und zum Vaterlande zu vernichten, mit allen Mitteln strengster Gesetzgebung entgegenzutreten. Wir unermüdeten Vertretern deutscher Industrie wagen daher Eurer Majestät in tiefster Ehrfurcht die Versicherung auszusprechen, daß wir in dem Kampfe gegen die ruchlosen Feinde unserer staatlichen und sittlichen Ordnung treu zu Eurer Majestät stehen. In unverbrüchlichem Vertrauen auf Eurer Majestät Kraft und Weisheit werden wir alle diejenigen

Maßnahmen nachdrücklich fördern und unterstützen, welche Eurer Majestät zur Unterdrückung der verbrecherischen Ziele eines gesunden Fanatismus und der Aufrechterhaltung der bedrohten Autorität des Staates für gut erachtet werden.

In tiefster Ehrfurcht verharren
 Zentralverband deutscher Industrieller, Verein deutscher Eisenhüttenleute, Bergbauverein für den Oberbergamtsbezirk Dortmund, Verein für die wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens.

Im Auftrage: von Hahler, Servaes, Lueg, Fende.
 So sucht die protigste Gruppe des preussischen Industrie-Feudalismus sofort wieder — in unerschämter Art die konstitutionelle Instanz des Ministeriums übergehend — sich bei dem Staatsoberhaupt anzubringen, in der Hoffnung, daß dieses ihren brutalen Wünschen sein Ohr leihen könnte, welche befehlern auf eine völlige Unterdrückung jeder Arbeiterbewegung hinauslaufen.

Das tragische Geschehniß der österreichischen Elisabeth soll für die Pläne der Reaktion und kapitalistischen Profitgier ausgebeutet werden. Es gelüftet die Reaktion, mit einem neuen Umsturzgeetze hervorzutreten. Wird der Reichstag, der im Juni gewählt wurde, sich zu derartigen Experimenten gebrauchen lassen?

Hinter dem Reichstag steht das deutsche Volk, dessen soziale Einsicht zu hoch entwickelt ist, als daß es möglich wäre, ihm unter der Vorgabe des Kampfes gegen den „Umsturz“ eine Gesetzgebung aufzudrängen, die nur dem Ausbeuterkapital zu Nutzen gereichen würde, aber die Rechte und den Wohlstand der arbeitenden Volksmehrheit unendlich schädigen müßte.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. September.

Die Revision des Prozesses Dreyfus scheint zu einer schweren Krisis zu führen. Das Ministerium ist gespalten. Während Brisson, Bourgeois, der Minister des Innern Delcassé und wohl auch der Justizminister Sarrien sich für die Revision entschieden haben, widersetzte sich in einer überaus stürmischen Ministerrathssitzung unter Zustimmung Faure's, des Marineministers Cocrozy und anderer weniger einflußreicher Minister der Kriegsminister Jurlinden der Wiederaufnahme des Prozesses Dreyfus. Jurlinden begründet seinen Standpunkt damit, daß die Revision des Prozesses ein ungeheures Strafgericht gegen Spigen des Heeres, vor allem auch gegen den früheren Kriegsminister Mercier zur Folge haben müßte. Jurlinden erklärte, wenn man ihn zwingen wolle, Mercier zu verhaften, würde er zurücktreten. Brisson rief darauf: Mercier und jeden andern Schuldigen, denn wir haben die Pflicht, die Republik von tödlichen Krankheitsstoffen zu reinigen.

Nachdem Faure sich gegen die Revision erklärt hatte, setzte ihn, einer Privat-Depesche der „Bosnischen Zeitung“ zufolge, Brisson mit aller Deutlichkeit die unausbleibliche Wirkung seiner Politik auseinander, er drohte mit dem Rücktritt des Kabinetts. Dies würde die Einberufung der Kammer und damit eine Verschärfung des Konflikts zur Folge haben, die Faure die Präsidentenposten kosten könnte.

Der Rücktritt Jurlinden's scheint bevorzustehen. Brisson soll schon mit dem General Brugère, dem militärischen Vertrauensmann des früheren Präsidenten Carnot, wegen Uebernahme des Kriegsportefeuilles unterhandeln. Wie verlautet, hält die mit der Prüfung der Dreyfus-Akten betraute Kommission des Justizministeriums die Revision des Prozesses für unabweislich, seitdem sie in das Protokoll der Bestände Henry's Einsicht genommen hat.

Die Esterhazy-Presse schäumt vor Wuth. Die „Libre Parole“, das Organ des antisemitischen Abgeordneten Drumont, schreibt wahrhaftig:

„Lucien's Verbrechen ist abscheulich, Zola's Verbrechen ist ungleich schändlicher. Frankreich hat diesem elenden Wähler im Unrath Reichthum gegeben, es hat diesem öffentlichen Sittenvergifter das Ehrenlegion-Offizierskreuz verliehen, und er hat Frankreich den Dolch ins Herz gestochen. Das ist ungeführter und feiger, als eine Kaiserin zu ermorden. Lucien, ich grüße Dich, Du bist ein Vandal, aber Du bist weniger niederrüchrig als der andere Italiener, der chroise Verleumder, der Frankreich zu ermorden suchte, indem er die Fahne beschimpfte die das Sinnbild des Vaterlandes selbst ist.“

Charakteristisch für den Stimmungswechsel in Frankreich ist der folgende von der „Bosn. Ztg.“ mitgetheilte Brief des Abgeordneten Thierry de Lanoue an den Präsidenten der Kammer:

„Lassen Sie bitte von meinen Tageldern den auf mich entfallenden Betrag der Kosten für den Baueranschlag der eine Fälschung enthaltenden Rede Cabaignac's abzuziehen. Diese Ausgabe darf nicht die Steuerzahler belasten. Ich habe mich betheiligen lassen und durch eine Abstimmung, die ich bedauere, dazu beigetragen, daß die Fälschung größere Verbreitung gewann. Wenigstens will ich die Folgen für den Staatshaushalt an meinem Theile tragen.“

Esterhazy soll Frankreich verlassen haben und nach übereinstimmenden Meldungen verschiedener Blätter in — Wiesbaden gesehen worden sein.

Frankreich bietet wieder ein düsteres Bild dar. Aber die Verworrenheit muß bald der Klarheit weichen. Es scheint unmöglich, daß heute noch ein ernsthafter Politiker mit dem Programme „Nicht-Revision des Prozesses Dreyfus“ eine Kabinettsbildung übernehmen kann. Faure, der mehr als einer seiner Vorgänger an Ehren und Würden Gefallen hat,

wird sich fügen müssen. Der Prozeß Dreyfus wird revidiert werden und die Aufdeckung der Korruption wird die Aussicht auf eine Gesundung der französischen Verhältnisse eröffnen. —

Frühere Abrüstungsbestrebungen. Die Anwesenheit des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen und des Zaren Alexander I. im Jahre 1814 in London bewog die Quäker, um die beiden Herrscher für die Abrüstung zu interessieren. Die „Daily Chronicle“ mittheilt, wandte sich damals der erste Vorsitzende der Pharmaceutical Society William Allen, ein Quäker, damals an dieselben, um ihnen die Anschauungen seiner Sekte vorzutragen. Der Preußenkönig gab ihm lediglich den Bescheid, daß der Krieg für die Beschaffung des Friedens notwendig sei; der Zar ließ sich mit dem Quäker in religiöse Gespräche ein und forderte ihn auf, ihn in St. Petersburg zu besuchen. Allen that dies und aus einigen dort von dem Zar gemachten Äußerungen glaubte er schließen zu können, daß sich der Zar für die Abrüstung interessire; er suchte deshalb im Jahre 1822 während des Aufenthalts des Zaren in Wien nochmals eine Audienz bei demselben nach, wo ihn Alexander ebenfalls seiner Sympathie für diese Bestrebungen versicherte. Thatsächlich sein Erfolg hat Allen aber bei dem russischen Zaren ebensowenig gehabt, wie bei dem König von Preußen. —

Ausführungen gegen Italiener. Aus Triest wird vom 13. September morgens berichtet: Gestern Abend wiederholten sich die antitalienischen Kundgebungen. Die Polizei, welche vom Militär unterstützt wurde, zerschreute die Demonstranten. Ein Sicherheitswachmann wurde durch einen Steinwurf ziemlich schwer verletzt, andere erlitten leichtere Verletzungen. 21 Personen wurden verhaftet. Am Witternacht war die Ruhe wieder hergestellt.

Auch in Wien kam es zu häßlichen Szenen gegen italienische Erdarbeiter.

Die gestrigen Mittheilungen über Ausführungen in Laibach werden heute als sehr übertrieben geschildert und das Einschreiten von Militär war überhaupt nicht erforderlich; der Tumult wurde beseitigt, ohne daß es zu Thätlichkeiten kam. Wegen Ausführungen gegen Italiener wurden in Laibach zwei Personen verhaftet. Patrouillen bewachen die Hauptplätze. Die Italiener arbeiten zum Theil wieder.

Bei allem Wüthen vor dem Attentate gegen die Kaiserin muß man die Besuche, die That an armen italienischen Arbeitern, die von losdröhnenden Interneuren herangezogen werden, entgelten zu lassen, aufs entschiedenste verurtheilen. —

Deutsches Reich.

Die „National-Zeitung“ hatte gestern behauptet, daß „unsere frivole und herausfordernde Beurtheilung des Attentats gegen Carnot die Unsturzvorlage provoziert habe“. Auf die Antwort in unserer letzten Nummer bemerkt das Blatt:

„Der „Vorwärts“ will das letztere nicht zugeben, und er fährt einige unverfängliche Bemerkungen an, die er damals gemacht habe. Er und die übrigen sozialdemokratischen Blätter haben aber auch ganz andere Dinge über die Ermordung Carnot's und über sonstige anarchische Thaten jener Zeit vorgebracht. Wir zitiren daraus nicht von neuem, weil bei unserer Bemerkung nicht die Erinnerung an jene Ausführungen, sondern die Erwähnung der diesmaligen, anders gearteten Haltung die Hauptsache war.“

Da man einer Zeitung doch nicht zumuthen kann, daß sie bei der Abwehr eines leichtfertigen Angriffs alles reproduziert, was sie vor vier Jahren über den Fall Carnot veröffentlicht hat, ist es für die „Nat.-Ztg.“ Pflicht der Billigkeit, die Stellen aus unserem Blatte anzugeben, auf die ihre Anschuldigung basiert. Falls sie sich bloß auf ihr Gedächtniß verläßt und die Artikel, auf die sie ihre Anschuldigung zurückführen will, nicht besitzt, steht ihr ein Exemplar unseres Blattes aus jener Zeit zur Einsicht zur Verfügung. —

Der „Samburgische Korrespondent“ behelligt sich auch an den Unwahrheiten, die anfänglich des Genfer Attentats in der bürgerlichen Presse über die Stellungnahme der Sozialdemokratie angestreut werden. Der Pariser Korrespondent des Blattes berichtet, daß die französischen Sozialdemokraten in ihren Hauptorganen von der „Hinrichtung“ der Kaiserin von Oesterreich sprechen. Er will also bei den deutschen Lesern den Anschein erwecken, als sei die französische Sozialdemokratie mit dem Attentat nicht nur einverstanden, sondern als verherrliche sie dasselbe sogar. Das ist purer Schwindel. Wir zitiren gestern die Ausführungen von Jaurès in der „Petite République“, die mit unserer Auffassung des traurigen Ereignisses durchaus harmonisiren. Ebenso denkt und schreibt die gesammte französische Sozialdemokratie, überhaupt die Sozialdemokratie aller Länder. —

Die Kanalbau-Projekte in Westdeutschland. Der „Königsberger Hart. Ztg.“ zufolge ist der Stand der Projekte einer Verbindung des Dortmund-Emskanals mit dem Rhein augenblicklich folgender: Die preussische Staatsregierung hat von dem Bau der Emsdamer-Linie (Linie IV der von der königlichen Kanal-Kommission aufgestellten Projekte) endgiltig Abstand genommen, dafür aber den Bau einer Emsdamer-Linie (Linie I) in Osnabrück-Herne in Aussicht gestellt. Die Emsdamer-Linie mußte aufgegeben werden wegen der Schwierigkeiten, welche die seit 1865 außerordentlich vorgeschrittene Geländebearbeitung macht. Die Vorlage des Emsdamer-Kanalprojekts wird dem Landtag in Verbindung mit derjenigen über den Mitteldeutschen Kanal gemacht werden, nachdem die verlangte Garantieleistung der Provinzen bezüglich des Rhein-Weiler-Ems-Kanals sichergestellt ist. Die Vorlage wird nur einen durchgehenden Kanal Herne-Osnabrück-Herne, da ein Bau von Zweigkanälen nach Bochum, Essen und Mülheim wegen der erheblichen Schwierigkeiten und Kosten sich nach Ansicht der Staatsregierung nicht rechtfertigt. Die Baukosten sind auf 45 298 000 M., die jährlichen Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten auf 500 200 M. veranschlagt. Davon entfallen auf die Rheinprovinz (Kanalänge 21 450 Kilometer) 24 617 000 M. bezw. 278 800 M. und auf Westfalen (Kanalänge 18 025 Kilometer) 20 681 000 M. bezw. 222 400 M. —

Aus Elbst-Lothringen, 10. September. (Eig. Ber.) Wieder ein „Staatsgefährlicher“! Das Landgericht Mülhausen verurtheilt gestern den Schreiner Karl Friedrich Heilmann aus Mittelweiler (Kreis Schmalden) wegen Ausstoßens „aufrührerischer Rufe“ zu sechs Monaten Gefängniß und 40 M. Geldstrafe. —

Oesterreich.

Wien, 13. September. Der „Frankfurter Zeitung“ ist das Postbeleid für ganz Oesterreich-Ungarn entzogen worden.

Der „Frankfurter Zeitung“ ist diese Ehre schon öfters widerfahren. Wir haben bei genauester Durchsicht des Blattes nicht den mindesten Anlaß für diese Maßregel entdecken können. —

Schweiz.

Zürich, 12. September. (Eig. Ber.) Im Kanton Thurgau ist gestern im zweiten Wahlgang der Sozialpolitiker Dr. Hofmann, der Kandidat der Sozialisten und Demokraten, der auch von den Katholiken unterstützt wurde, mit 11 948 gegen 7377 Stimmen in den Nationalrath gewählt worden. Die Linke hat somit gegen die herrschende und die Minoritäten brutal verweigende „radikale“ oder liberale Mehrheit einen glänzenden Sieg errungen. Die Liberalen haben bereits 4 der 5 thurgauischen Nationalratsmandate in ihrem Besitz, aber in ihrem parteipolitischen Döhringer wollten sie auch das fünfte, so daß die Sozialisten, Demokraten und Katholiken unvertreten wären. Diese Herrschaft hat die verdiente Niederlage erlitten.

Die Wahl Dr. Hofmann's hat nach eine besondere Bedeutung, da er Pfarrer ist und die Bundesverfassung die Wahl von Geistlichen in die eidgenössischen Parlamente untersagt. Dr. Hofmann wird also sein Pfarramt aufgeben müssen.

Zürich, 8. September. (Eig. Ber.) In Sachen der seit Jahren, momentlich aber in den letzten Monaten eifrig diskutirten demo-

kratischen Forderungen: Volkswahl des Bundesraths und Proportionalwahl des Nationalraths wird nun in nächster Zeit der entscheidende Beschluß gefaßt werden. Am 25. und 26. September findet in Luzern die Delegirten-Versammlung des Größlibereins und die Vertrauensmänner-Versammlung der äußersten Linken (Sozialisten und Demokraten) statt, welche beide Versammlungen definitiv darüber beschließen werden, ob in eine Initiativebewegung eingetreten und ob die Initiative für beide Forderungen oder aber nur für eine ergriffen werden soll. Referiren wird darüber Genosse Heinrich Scherrer-St. Gallen. Ferner gelangen zur Verhandlung die Abschaffung der politischen Polizei (Referent Otto Lang-Zürich) und das staatliche Getreidemonopol (Seidel-Zürich). Das Centralkomitee empfiehlt ferner in einer Resolution die Annahme der am 3. November zur Volksabstimmung gelangenden Rechts-einheit.

Wie die Sache das Meisten nicht lassen kann, so können deutsche Kapitalisten, sie mögen sein, wo sie wollen, den Terrorismus gegen die Arbeiter nicht unterlassen. Im „Grüthener“ ist veröffentlicht worden, daß der aus Deutschland kommende Fabrikant W. Sch. (leider ist der Name nicht angegeben) in Stechborn am Bodensee am Tage vor dem ersten Wahlgange die Arbeiter seiner Fabrik aufzufordern, nicht für Hofmann zu stimmen. Diese in der Schweiz glücklicherweise so gut wie unbekannt arrogante Wahlbeeinflussung habe in der ganzen Bevölkerung Aufregung und die schärfste Kritik hervorgerufen, aber auch das Gegentheil bewirkt von dem, was der Herr beabsichtigte. Der „St. Galler Stadt-Anz.“ erinnert daran, daß bereits auf 147 Abgeordnete 18 Großindustrielle und Fabrikanten im Nationalrath sitzen, welche stets energisch und sachverständig ihre Interessen vertheidigen.

Italien.

Mailand, 12. September. („Frankfurter Zeitung.“) Die Polizei löste hier gestern Abend einen sozialistischen Verein, der versucht hatte, sich nach der Aufhebung des Belagerungszustandes zu rekonstituiren, auf und nahm einige Verhaftungen vor. —

Spanien.

Madrid, 12. September. Der Senat hat zu dem Friedensprotokoll definitiv seine Zustimmung erteilt. —

Madrid, 12. September. Bei den Generalratswahlen sind in Madrid elf Liberale, zwei Konservative, ein dissentirender Konservativer und zwei Unabhängige gewählt worden; die Resultate aus der Provinz fehlen noch. Der „Imparcial“ lenkt die Aufmerksamkeit auf die Thatsache, daß bei den Generalratswahlen in Bilbao der Kandidat der Separatisten gesiegt hat, und fügt hinzu, die autonomistische Agitation breite sich in Katalonien aus. — Der Marineminister empfing von den Philippinen eine Depesche über einen Seestampf zwischen den Aufständischen der Bisayasgruppe und der spanischen Flottille. Die Fahrzeuge der Aufständischen sind dieser Depesche zufolge in den Grund gehohlet worden, wobei einige hundert Mann umgekommen sind; die Spanier haben keine Verluste erlitten.

Madrid, 13. Sept. Senat. Almenas greift die Generale heftig an, besonders den General Linarez, den er eines desaströsen General nennt. Die Generale Primo de Rivera, Martinez de Campos, Daban und Wehler protestiren entsetzt gegen Almenas' Worte. Wehler ruft, Almenas solle Namen nennen, sonst würden sich die Generale mit ihren Häuten Recht verschaffen. In dem nun entstehenden Lärm der Rufe und Gegenrufe verlor der Präsident vergebens, durch Klingeln Ruhe zu schaffen; die Klingel zerbrach ihm, da ruft Almenas, wie gemeldet: „Die, welche ich gemeint habe, sind Wehler, Blanco, Primo de Rivera und Cervera!“ Jetzt bricht ein gewaltiger Tumult los. In der Deputirtenkammer verlangte Canellas, daß die Kriegsteuer von den Besitzern der Staatsschuldtitel und der Bankaktien getragen werden solle. —

Der spanische Admiral Cervera ist mit 1600 Gefangenen von Portsmouth nach Santander abgefahren. —

Spaniens heimkehrende Krieger. In vielen gutsituirten Familien Madrids, denen der Krieg weder einen lieben Angehörigen geraubt, noch in bezug auf ihre pekuniäre Lage irgend welchen Schaden zugefügt hat, ist nichts von Trauer über den unglücklichen Ausgang der Feindseligkeiten mit Amerika zu bemerken. Die Leute leben nach wie vor sorglos in den Tag hinein, geben lospiegelnde Feste und lustige Gesellschaften und denken nicht einen Augenblick daran, daß sie mit dem Gelde, das sie für ihr persönliches Amüsement verschwendeten, einer Anzahl jener armen Soldaten, die zu tausenden elend, hungrig, zerlumpt und zum größten Theil todkrank aus Westindien in ihre Heimath zurückkehren, Linderung und vielleicht Heilung verschaffen könnten. Einzelne Madrid'er Blätter bezeichnen das Verhalten der so wenig patriotisch gestimmten Herrschaften als entwürdigend und als eine Schande für das Land. —

Rußland.

Verhaftungen in Westrußland. Im Laufe des August haben in einer Reihe von Städten Westrußlands, nämlich in Warschau, Wilna, Minsk, Witebsk und Lodz Verhaftungen aus politischen Gründen stattgefunden. Die Verhafteten gehören zum größten Theil der jüdischen Intelligenz an, zu einem geringeren Theile sind es jüdische Arbeiter, darunter einige Schriftsteller. In drei verschiedenen Städten sind dabei Druckerereien in die Hände der Polizei gerathen. Die Verhaftungen sind nicht von der lokalen, sondern von der speziell aus Moskau zugereisten Gendarmen vorgenommen worden. Der Aufenthalt der Moskau'er Gendarmen in Westrußland ist bis mehrere Tage selbst für die lokalen Behörden ein Geheimniß. Stämmliche Verhaftete, unter welchen sich Leute befinden, betreffs derer für jeden, der sie kennt, feststeht, daß sie zur Politik nicht die geringste Beziehung haben konnten — sind nach Moskau abgeführt worden, wo sie aufs strengste von der Außenwelt isolirt werden — selbst den Frauen der Verhafteten wird nicht die Erlaubniß erteilt, ihre Männer in Gefängnisse zu besuchen. Die Moskau'er Beamten befinden sich zur Zeit noch in Westrußland. Die Verhaftungen haben in allen Schichten der jüdischen Bevölkerung Westrußlands das größte Aufsehen erregt und bilden dort das ständige Gesprächsthema.

Türkei.

Zur Aretastrage geht der „Intern. Korresp.“ aus Athen folgende Drahtmeldung zu:

Der türkische Gesandte Assim Bey hatte eine Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen Herrn Jannis, wobei er namens des Sultans erklärte, daß die türkische Regierung und die mahomedanischen Behörden auf Areta an den bedauerlichen Vorgängen im Herosion völlig unbetheiligt seien, ebenso wie der Sultan die Ueberzeugung hege, daß die Athener Regierung keinerlei Verantwortung für die Vorgänge treffe. Er hoffe daher, daß durch den Zwischenfall die freundschaftliche Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei nicht aufgehoben werde.

In den griechischen Regierungskreisen glaubt man deshalb, daß nunmehr eine direkte Verständigung zwischen Athen und Konstantinopel über die Einsetzung des Prinzen Georg als Gouverneur möglich sein werde, da der Sultan im Interesse des Ansehens seines Reiches und der Verhütung der Mahomedaner eine baldige Entfernung der europäischen Besatzungen von Areta wünscht. Prinz Georg würde addann als Basall des Sultans eingesetzt werden; zur äußeren Anerkennung der türkischen Souveränität blieben in Areta und Heraklion kleinere türkische Truppenabtheilungen von etwa 100 Mann, während die Gendarmen unter europäischen Offizieren aus Einzelheimen, zu einem Drittel aus Mahomedanern und zwei Drittel aus Christen zu bilden sein würde. Die Athener Regierung wird daher auch ihren ganzen Einfluß aufbieten, um den Nationalansatz der christlichen Kreise von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten abzuhalten.

Im Abigen liegen folgende Nachrichten vor:
London, 13. September. Die „Times“ melden aus Aandia vom 12. d. Mts.: Die kretischen Christen rothen sich zusammen und marschiren gegen Aandia heran; der Zusammenstoß mit den Mahomedanern steht unmittelbar bevor.

Athen, 12. September. Die internationalen Truppen haben die Zitadelle von Aandia besetzt und dort die Flaggen der vier Mächte gehißt. 200 französische Soldaten sind in Aandia gelandet. Die Stärke der europäischen Truppen daselbst beträgt jetzt 6000 Mann. Die Entwaffnung der Mahomedaner wird erfolgen, sofort nachdem die Räubelführer ausgeliefert und bestraft worden sind.

Konstantinopel, 13. September. („Frankf. Ztg.“) Der Sultan ist entschlossen, der Aufforderung der vier Mächte, seine Truppen von Areta zurückzuziehen, selbst dann nicht nachzukommen, wenn sie mit der Androhung von Repressalien verbunden wäre. Der Sultan würde einer derartigen Aufforderung höchstens dann entsprechen, wenn sie von allen Großmächten ausginge, denn er spricht den vier Mächten die Berechtigung für ein solches Mandat ab.

Afrika.

Die Verpachtung der Delagoabai seitens Portugal an England ist jetzt halbamtlich in Lissabon bestätigt worden. Es wird der Rückzahlung hinzugefügt, die portugiesische Regierung habe der Regierung von Transvaal Garantien gegeben, daß die Verkehrsverbindung zwischen Transvaal und der Küste völlig gesichert bleiben werde. —

Asien.

Zum Rücktritt Li-Hung-Shang's wird der „Intern. Korresp.“ aus Petersburg geschrieben: In den hiesigen Regierungskreisen wird die Amtsenthebung Li-Hung-Shang's als eine Komödie angesehen. Der vormalige Vizekönig habe vielmehr in den letzten Wochen eine Schwelung im englandfreundlichen Sinne gemacht, die offenbar durch Aussichten auf finanziellen Gewinn veranlaßt worden sei. Li habe sich zwar auch von russischer Seite große Zusicherungen zu sichern gesucht; aber in letzter Zeit seien seine Ansprüche so groß geworden, daß man dieselben in Petersburg nicht mehr berücksichtigte. Vielleicht wünsche Li auch selbst seine Beziehungen zu Rußland zu lösen, um dadurch freie Hand zu bekommen, sich jetzt eine Zeit lang den Engländern gefällig zu erweisen. Seine jetzige halbe Amtsenthebung dürfte daher ebenfalls von ihm selbst herbeigeführt worden sein, um dadurch seine Schwelung etwas zu verdecken. Jedenfalls aber glaube der vielseitige Staatsmann keineswegs, seine Laufbahn schon jetzt abgeschlossen zu haben.

Amerika.

Die Miliz auf Kuba. Herr Karl Weibtreu schreibt uns: Befolgender Brief eines amerikanischen Freiwilligen (Verwandten von mir) gelangt soeben in meine Hände. Man mag daraus die Schwere des Krieges auf Kuba und die große Ausharungsfähigkeit dieser Milizen von New-York entnehmen:

Am 1. Juli morgens früh zogen wir von den Bergen ins Thal, um die Spanier zu belagern. Wir mußten ungefähr ein Duzend Mal durch Pfähle bis zum Ende der Weine waten, dann kamen wir in eine kleine Straße mit dichtem Gebüsch an beiden Seiten; kein Mann konnte dort durchkommen. Auf einmal waren wir im dichten Feuer. Wir waren in diesen Gebüsch kaum fünf Minuten, als ein Mann von meiner Kompanie fiel, ins Antlitz geschossen. Die Kugeln kamen hagelartig runter, die Schrapnell zerplatzten über unseren Köpfen. Einige Stöße trafen zwei Mann in den Arm, andere in den Kopf. Wir gingen vorwärts bis zu einer Stelle, wo das Gebüsch nicht so dicht war. Doch mußten wir von der Straße abgehen und im Gebüsch und auf den Rauch hinstellen. Gerade bevor wir uns hinlegten, wurde einer neben mir durch die Brust geschossen. Ein anderer und ich halfen ihm im Feuer zum ersten Doktor, der ihn verband. Während ich dem Doktor half, brachten sie einen Sterbenden, durch den Hals geschossen. Ich ging wieder zu meiner Kompanie, bald darauf avancirten wir wieder. Neben den Straßen in den Gebüsch waren dichtbebaute hohe Bäume sowie Palmen. Diese waren voll spanischer Scharfschützen, die von oben auf uns draufschossen, und wir konnten sie nirgends sehen, da sie rauchloses Pulver gebrauchten. Man sah so viele Tode und Verwundete, daß einem fast schlecht wurde. Die Augen piffen um meine Ohren, so daß ich einen Augenblick dachte: ich war ein Narr, daß ich je zur Armee ging. Nach der Schlacht eine Woche später wurden fast alle Mann an Malariafieber krank. Das Klima hier ist das ungesundeste, das es nur geben kann, die Hitze ist kaum zu ertragen. Und wenn es geregnet, kommt die Sonne den Tag nicht mehr zum Vorschein, manchmal schliefen wir auf nassem Boden. Die Strapazen, die wir durchgemacht haben, sind nicht zu beschreiben.“ Nun, ihr Herren Miliz-Verächter und Militaristen! Habt ihr schon mal rauchloses Pulver geschmeckt auf euren Friedensparaden? Habt ihr schon mal in den Tropen unter solchen unerhörten Schwierigkeiten Märsche gemacht? Nicht? Dann haltet den Mund! Diese Milizen haben alles erprobt und überunden, haben angelegte modernster Schusswaffen und unerträglich Terrain und Klima hemmisse das besiegte Santiago gestürmt, den Sieg errungen! Die Milizen sehen als Veteranen auf euch herab.

Australien.

Die Goldproduktion Australiens in den vier maßgebenden goldproduzierenden Distrikten Australiens ergibt im ersten Halbjahre 1898 eine beträchtliche Zunahme in der Erzeugung des gelben Metalls im Vergleich mit der korrespondirenden Periode des Vorjahres. Das Gesamttertragniß der vier Distrikte beläuft sich auf 1,43 Millionen Unzen, das ist um 0,4 Millionen mehr als im ersten Halbjahre 1897. —

Das Attentat.

Zahlreiche Trauerkundgebungen laufen fortwährend in Wien ein. Die Leiche der Kaiserin soll nach ihrer Ankunft in der Hofburg-Poststraße aufgebahrt werden. Die Kapuzinerkirche ist wegen der Vorbereitungen für das Leichenbegängniß geschlossen.

In Genf fand die Aufbahrung der Leiche am Montag Nachmittags statt. Der Sarg ist offen gelassen, mit einem weißen Schleier bedeckt und auf einen Katafalk gestellt, um welchen zahllose Kränze niedergelegt sind.

Das Mitglied des Bundesraths Lachenal, der Chef des Departements des Innern, trattete am Montag Nachmittag im Hotel Beauvivre dem österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Kurstein und dem General Verbekecz Besuch ab, bei denen er namens des Bundesraths der Eidgenossenschaft dessen aufrichtigste Theilnahme zum Ausdruck brachte. Gleichzeitig überreichte er einen herrlichen Kranz, dessen in den Schweizer Farben Roth und Weiß gehaltene Schleife die Inschrift trägt: „Guldigung des Bundesrathes im Namen des Schweizervolkes“.

Der gesammte Bundesrath soll Dienstag Abend um 6 Uhr in Genf eintreffen und sich Abends zum Besuche bei den Vertretern des Kaisers von Oesterreich einfinden. Der feierlichen Einsegnung der Leiche der Kaiserin im Hotel Beauvivre am Dienstag Abend wird nur das Gefolge der Kaiserin beiwohnen.

Bei der Ueberführung der Leiche zum Bahnhof, welche am Mittwoch auf den Wunsch des Kaisers Franz Josef ohne Truppenentfaltung und ohne alles Gebränge erfolgen soll, werden der Bundesrath in corporo, sowie der Genfer Staatsrath der Wahr bis zum Bahnhof folgen.

Die Vernehmung Lucheni's. Aus Genf wird vom 13. September ein längerer telegraphischer Bericht versandt, welcher Auslagen Lucheni's bei seiner Vernehmung am Dienstag vor dem Untersuchungsrichter wiedergiebt.

Wir meinen, daß man diesen und alle ähnlichen vorläufigen Berichte mit größter Zurückhaltung aufnehmen muß, da seine für die Wichtigkeit des Mittheilten verantwortliche Stelle vorhanden ist.

Der Bericht erzählt:
Der Mörder Lucheni schrieb in seiner Gefängniszelle einen Brief, den er an den Direktor des Blattes „Don Parlo“ in

Keapel rüsten wollte. Das in sehr schlechtem italienisch geschriebene Schriftstück erweist sich als eine Vorstudie, die man sich einem Individuum gegenüber befindet, welches nicht im Vollbesitz seiner geistigen Fähigkeiten ist. In ironischen Redewendungen bittet Lucchini den Direktor des Blattes dem zu widersprechen, daß er ein geborener Verbrecher nach der Theorie Lombroso's sei oder die That aus Noth begangen habe.

Die Feile erkannte Lucchini als sein Eigentum an. Gerade dieses Werkzeug habe er gewählt, weil er die Feile für die gefährlichste und unsicherste hielt und die Feile eigens für diesen Zweck zubereitet.

Lucchini, welcher korrekt französisch spricht, erzählte hierauf seinen bisherigen Lebenslauf. Danach ist er in Paris von ihm unbekanntem Eltern geboren, er bewahrt jedoch keine Erinnerung an Paris. Seine ersten Eindrücke knüpfen sich an den Aufenthalt, den er als ganz kleines Kind im Hospital zu Parma hatte. Sehn Jahre alt wurde er von dort entlassen, und es wurde ihm gesagt, er müsse jetzt selbst für sich sorgen. Bis zu seinem 20. Lebensjahre blieb er in Parma und war in verschiedenen Stellungen thätig. Sodann erfüllte er seine Militärpflicht in Gaferta und Neapel und war darauf als Diener bei dem Prinzen von Aragon beschäftigt. Er giebt zu, von seinen Dienstgebern sehr gut behandelt zu sein, sagt aber, er habe stets seine Ideen gehabt. „Welche Ideen?“ fragte der Richter. Lucchini antwortete: „Ja war Anarchist, ohne es zu wissen.“ Nachdem Lucchini seinen Dienst aufgegeben hatte, durchwanderte er Italien und arbeitete hierauf acht Monate als Erdarbeiter in Sonnenberg (Kanton Vaud). Im Jahre 1894 begab er sich nach Wien, wo er nur kurze Zeit verweilte, und ging dann nach Budapest, wo er sich vierzehn Tage aufhielt und zweimal Gelegenheit hatte, die Kaiserin zu sehen. Auf Empfehlung des dortigen italienischen Konsuls erhielt er eine Eisenbahnfahrkarte nach Triest, von wo er sich zu Fuß nach Triest begab. Der dortige Konsul verweigerte ihm jeden Beistand und übergab ihn der Polizei, welche ihn vier Tage in Haft hielt und dann an die Grenze brachte. Er arbeitete hierauf in vielen Städten Italiens, bis er nach Lausanne kam, wo er zahlreiche sozialistische und anarchische Versammlungen besuchte. In der Bewegung, welche anlässlich der Unruhen in Mailand unter den Italienern ausbrach, will Lucchini nicht theilgenommen haben. Er hat damals in Salsan (Kanton Valais) gearbeitet und ist erst vor 14 Tagen nach Lausanne zurückgekehrt.

Lucchini gesteht alle ihm vorgehaltenen Thatsachen zu. Er zeigt keine Reue; er habe durch seine That die Sache des Anarchismus fördern wollen. Er leugnet, Mitschuldige zu haben; seine Ausdrucksweise ist klar und deutlich.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Das Uebergewicht der Unternehmer

In wirtschaftlichen Kämpfen ist schon bei dem heutigen Stande der Gesetzgebung ein gewaltiges, es würde auch bei vollkommener Koalitionsfreiheit noch bis zu einem großen Grade vorhanden sein. Haben wir aber erst das geplante Koalitionsrecht, dann sind die Arbeiter auf Gnade und Ungnade der Unternehmerwillkür überantwortet.

Schon heute, sagen wir, sind die Unternehmer, auch wenn wir nicht die drakonischen Urtheile der Gerichte gegen die Arbeiter, nicht die Einmischungen der Behörden bei Streiks zu Gunsten der Unternehmer zu verzeichnen hätten, den Arbeitern gegenüber im Vortheil.

Sie sind an Zahl kleiner und sind daher leichter zu einheitlichem Willen zusammenzufassen. Die Arbeiter können nur etwas erreichen, wenn sie mindestens die große Mehrheit ihrer Berufsgenossen zu veranlassen vermögen, sich den Verabredungen zur Erlangung besserer Lohnbedingungen anzuschließen. Das ist ihnen aber nur möglich, wenn sie auf ihre Mitarbeiter, auf die Indifferenten, einwirken, „zum Streik hegen“ können. Und während die Arbeiter, sich den Vereins- und Versammlungsgesetzen fügen, alles in breiter Öffentlichkeit erklären, unter Aufsicht der Behörden ihre Maßnahmen zu treffen haben, ist es dem Unternehmer ein Leichtes, dem Gesetze ein Schnippen zu schlagen. Beim frühlichen Wahl und säumenden Sekt kommen sie zusammen, um hochpolitische Dinge zu beraten und ihre Pläne gegen die Arbeiterkraft zu schmieden.

Das System der Schwarzen Listen, die Berufsverleumdungen, wie sie seitens der Unternehmer gehandhabt werden, haben wir schon sattiam beleuchtet, aber auch auf ihre eigenen Berufsgenossen, soweit diese sich ihren Verabredungen nicht anschließen wollen, üben sie häufig einen ganz unerhörten Druck aus.

So ist es eine bekannte Thatsache, daß dem Verein Berliner Metallindustriellen eine Reihe kleinerer Betriebsinhaber angehören, die nur gezwungenermaßen diese Vereinigung für wirtschaftliche Achtung mißliebiger Arbeiter unterstützen. Sie müssen es bei Strafe eigener wirtschaftlicher Schädigung. Wollten sie wider den Stachel Weiden, sie erhielten von den großen Maschinenbau-Werken keine Arbeit mehr zugewiesen. Um die dissentirenden Kleinen zur Reifson zu bringen, bedarf es keines großen Wagens — im Salon des Herrn Stommergeraths wird die Sache geregelt.

Bei Lohnbewegungen zwingen die „gewerksmäßigen Agitatoren“ unter den Unternehmern ihre Berufsgenossen durch Hinterlegung von Bescheiden, an den Verabredungen (zur Abwehr der Forderungen der Arbeiter) theil zu nehmen bezw. sie verhindern damit den Rücktritt von solchen Verabredungen.

Man mag vielleicht einwenden, daß sei kein „körperlicher Zwang“ im Sinne des § 153. Gut! Wir wissen aber, daß Arbeiter, die einem Streikbrecher den Ausschluß aus der Organisation angedroht hatten, falls er sich dem Streik nicht anschließen, deswegen bestraft wurden.

Ob im Hamburger Hafenarbeiterstreik und jetzt wieder beim Wäckerstreik übte der dortige Arbeitgeber-Verband einen solch unheilvollen Einfluß aus, daß sein Wirken die Einigung der kämpfenden Parteien geradezu verhinderte.

Einzelne Unternehmer haben häufig genug schon mit ihren Arbeitern Frieden schließen wollen, sie durften es nicht, wenn sie nicht wirtschaftlich ruhmtr sein wollten. Ungekräft darf hier gesehen, was bei den Arbeitern verpönt wird.

Die Erfurter Genossen

Haben in der am Sonnabend stattgefundenen stark besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins nach einem Referat des Redakteurs Schulz einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am Sonnabend, den 10. September, tagende, zahlreich besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Erfurt erhebt hiermit Protest gegen die durch die Deputierten des Reichstages angeführten Pläne der Reichsregierung hinsichtlich des Koalitionsrechtes der Arbeiterklasse. Sie steht in dem freien Vereinigungsrecht der Arbeiter das beste Mittel zur Hebung der arbeitenden Klasse und damit zum Schutze der nationalen Arbeit. Jeder der Anwesenden verspricht, mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dagegen anzukämpfen, daß derartige Pläne Gesetzeskraft erlangen. Die Versammlung erwartet, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion geeignete Mittel findet, um sowohl im Parlament wie außerhalb desselben die eifrigste und wirkungsvollste Gegenagitiation gegen die Zuchtmaßregeln der Regierung zu entfalten.“

Ferner wurde in einem ebenfalls einstimmig angenommenen Antrag die Agitationskommission für Thüringen aufgefordert, eine Protestbewegung ins Werk zu setzen. In der letzten Nummer der Erfurter „Tribüne“ erklärt denn auch die Agitationskommission einen Aufruf, in dem sie die Veranlassung von Massenversammlungen einleitet. Etwaige Zuschriften in dieser Angelegenheit sind an Redakteur Heinrich Schulz in Erfurt zu richten.

Eine stark besuchte Brauererversammlung in Frankfurt a. M. nahm unter förmlichem Beifall eine Resolution an, worin energischer Protest erhoben wird gegen die sogenannte Zuchtmaß-Vorlage, die das ohnehin kümmerliche Koalitionsrecht der Arbeiter vollständig vernichten würde, indem jeder, der es dann wagte, einen Streik auch nur für geschäftsfertig zu er-

klären, mit einer entsetzenden Strafe belegt werden könnte, gleich dem schrecklichsten Verbrecher.“ Die Versammlung erwarbte dem Reichstage, daß er jede Bestimmung, die auch nur entfernt gegen das Koalitionsrecht gerichtet ist, zurückweisen werde. Weiter verlangte die Versammlung einen Zusatz zu § 153 der Gewerbe-Ordnung, wonach auch Unternehmer empfindlich bestraft werden können, wenn sie Arbeiter durch Androhung von Maßregeln, schwarzen Listen u. a. d. freien Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu hindern suchen. Zum Schluß wird in der Resolution der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Landtagen alles ausbieten werden, um ein Zustandekommen sogenannter Zuchtmaßvorlagen in jeder Form zu verhindern.

Diese Resolution dürfte die Stimmung so ziemlich der ganzen deutschen Arbeiterklasse wiedergeben. Muß doch jeder Arbeiter, mag er auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie stehen oder nicht, mag er einer Gewerkschaft angehören oder nicht, befürchten, daß selbst bei der vorzüglichsten Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen Interessen mittels des Streiks auch ihn einmal das Zuchtmaß ereilen könnte, wenn die angeführte Vorlage Gesetz wird.

Das amtliche Organ der sächsischen Regierung.

Das in Dresden erscheinende „Dresdener Journal“ hat nunmehr in einer der letzten Nummern auf Stellung zu der Kaiserrede, die Streikgesetzvorlage betreffend, Stellung genommen. In dem Artikel, überschrieben: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter“, wird natürlich derselbe Ton angeschlagen, der bei der sächsischen Regierung den Organisationen der Klassenbewußten Arbeiter gegenüber seit jeder gang und gäbe ist. Jedem ein Regierungsrath u. s. w. schweigt in dem Artikel davon, daß die deutschen Arbeiter, wie in keinem anderen Lande der Welt, sich frei betheiligen können. Dem „Mißbrauch“, der mit dieser Bewegungsfreiheit getrieben würde, müsse entschieden entgegengetreten werden. Die Koalitionsfreiheit sei durch „Streikschürer“ arg bedroht, und müsse diese „für Nichtsozialdemokraten sicher gestellt werden“. Dazu reiche aber die jetzige Gesetzgebung nicht aus. (1) Die „Streikterroristen“ würden zu gering bestraft, und hoffentlich erlaube der vom Kaiser avisierte Gesetzesentwurf im Reichstage eine „objektivere Beurteilung“ (?), als das jetzt selbst seitens bürgerlicher Blätter der Fall sei. In der Bevölkerung sei die Stimmung nicht auf Seite derjenigen, welche die Sozialdemokratie mit Sammelhandschühen angefaßt“ wissen wollten u. s. w. — Summa Summarum: Das „Dresdener Journal“, das Sprachrohr der sächsischen Regierung, ist voll und ganz damit einverstanden, daß gegen die Arbeiter Maßregeln ergriffen werden, wie sie in Aussicht gestellt worden sind. Rader kann wohl der „Terrorismus“ und die rohe Gewaltpolitik gegen die um Verbesserung ihrer Lebenslage ringenden Arbeiter nicht proklamirt werden. Daß der Artikel, soweit Behauptungen aufgestellt sind, die Dinge direkt auf den Kopf stellt, braucht wohl nicht noch besonders hervorgehoben zu werden.

Dafür hat übrigens vor kurzem erst die sächsische Regierung selbst im Rahmen einer ihrer „Musteranfragen“ ein sprechendes Beispiel geliefert. Eine Anzahl Arbeiter der sächsischen Staats-Eisenbahn hatten an die Verwaltung derselben das Ersuchen gerichtet, Arbeiterauschüsse einzurichten. Die Arbeiter wollten also von einem Rechte Gebrauch machen, welches ihnen gesetzlich zufließt, wenn der Unternehmer die Hand dazu bietet. Dieser heilsame Wunsch ist nun jenen Arbeitern von der Bahnverwaltung im Einverständnis mit dem Finanzministerium direkt abgelehnt worden. Und warum? Weil angeblich die gewünschten Ausschüsse dazu dienen würden, „sozialdemokratischen Forderungen mehr Gewicht zu geben“. Und wie liegen die Dinge? Es ist allbekannt, daß in bezug auf Arbeiterverhältnisse nach verschiedenen Richtungen die unerträglichsten Mißstände herrschen; das Beschwerderecht liegt im argen. Lange, lange Zeit liegen die Arbeiter alles ruhig über sich ergehen in der Meinung, daß man „endlich doch ein Einsehen haben werde. Nichts von alledem. Die Arbeiter suchen nun ganz schüchtern in einzelnen Fällen ihre Anliegen vorzubringen; es erfolgt keine Remedur. Und so ist es jahrelang gegangen, bis sich endlich, durch die Schwere der Mißstände und die Rücksichtslosigkeit der Bahnverwaltung dazu gedrängt, die Eisenbahnarbeiter veranlaßt sahen, auf dem Wege der Organisation das zu erreichen, was ihnen bislang unerbittlicher Weise verweigert wurde. Und so hat gerade die königliche Staats-Eisenbahn-Verwaltung in Sachsen in erster Linie das Odium auf sich, die Veranlassung gegeben zu haben, daß sich unter „ihren“ Arbeitern die Ansicht festsetzte: wir können nur durch unsere Organisation und mit Hilfe der sozialdemokratischen Vertreter im Parlamente etwas in bezug auf Verbesserung unserer Lage erreichen. Und so geht es im allgemeinen, das Beispiel hier ist aber so deutlich in die Augen springend, daß es jenen Herren nicht oft genug unter die Nase gerieben werden kann. Erst verweigert man den Arbeitern die Erfüllung ihrer gesunden Wünsche, und dann, wenn sie nothgedrungen einander zum Streik „anreizen“, winkt ihnen das Zuchtmaß!

Ein Denkmal

für einen Streikbrecher-Vater und Schienenflicker.

Professor Feil Schaper hat ein Denkmal des vorstorbenden Geh. Kommerzienraths Baare-Vogum vollendet. Geh. Rath Baare steht an ein Postament gelehrt, auf das sich die rechte Hand stützt. Das Modell des Standbildes wurde dieser Tage nach Friedrichshagen gebracht, wo es bei der Altjüngerschaft Gladenbeck in Bronze gegossen wird.

Zum Stuttgarter Parteitage

beantragen die Parteigenossen in Breslau, als 5. Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen“. Weiter beantragen sie die Aufhebung des letzten Tages des Hamburger Verschlusses: „Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“ An stelle dessen soll ein Zusatz treten, wonach die Unterstützung der Wahl von Wahlmännern und Abgeordneten bürgerlicher Oppositionsparteien gestattet sein soll, wenn dieselben ihre Kandidaten verpflichten, unter anderem für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einzutreten und eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise sollen verpflichtet werden, zu ihren Abmachungen mit anderen Parteien die Zustimmung des Parteivorstandes einzuholen. Endlich verlangen die Breslauer Parteigenossen noch, daß die Ergebnisse der Arbeiten der vom Breslauer Parteitage eingesetzten Studienkommission für die Agrarfrage im Laufe des nächsten Jahres durch den Parteivorstand veröffentlicht werden sollen und daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages der Punkt gesetzt werde: „Die Agrarfrage und die Sozialdemokratie.“

Der 6. sächsische Wahlkreis (Dresden-Land, Plauenischer Grund etc.) beantragt, auf die Tagesordnung den Punkt zu setzen: „Unsere Stellung zur Sozialreform und zum kapitalistischen Staate“, und für diesen Punkt einen eigenen Referenten zu bestellen.

Ferner nahm die betreffende Versammlung vier lange Resolutionen an, worin die Stellung, die diese Versammlung zum Staate, zum Militarismus, zur Kolonialpolitik und zur Kaiserzeit einnahm, im Sinne der Anschauungen der „Sächs. Arb. Ztg.“ präzisirt wird.

Partei-Nachrichten.

Politikales, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse Leven in Gera hatte vor einigen Wochen von der Polizei-Inspektion die Aufforderung erhalten, die Staatsangehörigkeit der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins für Gera nachzuweisen, da nur reichliche Staatsangehörige dem Verein angehören dürften. Leven lehnte es ab, diesem Verlangen, das vom Ministerium des Innern ausging, nachzukommen. Jetzt ist ihm von der Polizei mitgetheilt worden, daß von dem Rathweg der Staats-

angehörigkeit der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Abstand genommen sei und die Sache sich erledigt habe. — Da hat also die Sozialdemokratie größere Geistesfreiheit bewiesen als die Behörde, die die Oberaufsicht über die Ausführung der Gesetze führt.

— Wegen eines Artikels über die Bewirthschaftung des Remonte-Depots Benediktbeuren war vom bayerischen Kriegsministerium gegen die „Münchener Post“ Strafanzug gestellt. Das Landgericht hat aber den angeklagten Redakteur sowie dessen mitangeklagten Gewerksmann außer Verfolgung gesetzt, weil die Angaben zwar unrichtig, aber nicht beleidigend gewesen seien.

Preussische Landtagswahlen.

Die Zahl der Wahlbezirke Berlins

beträgt diesmal 1194. Bei der letzten Landtagswahl 1893 waren nur 1088 Wahlbezirke vorhanden. Es hat also eine Vermehrung um 106 Wahlbezirke stattgefunden. Diese Vermehrung fällt auf den dritten Landtagswahlkreis, der die untere Stadt des rechten Spreeufers umfaßt (sechster Reichstagswahlkreis). Hier ist die Zahl der Wahlbezirke seit 1893 von 309 auf 475 angewachsen. Derselbe Stadttheil wird auch bei den Reichstagswahlen schon eine Vermehrung um über 20 000 Wahlberechtigte auf. Hier hat sich also die Bevölkerung vermehrt um mehr als 200 000 Köpfe, eine Vermehrung, die für sich allein einen neuen Wahlkreis mit 2 Abgeordneten rechtfertigen würde.

Der erste Landtags-Wahlkreis, welcher 3 Abgeordnete für Berlin zu wählen hat, weist eine Verminderung von sechs Wahlbezirken, von 231 auf 225 nach, hat also nicht die Hälfte der Bevölkerung des dritten Landtags-Wahlkreises, obgleich er 3, jener nur 2 Abgeordnete zu wählen hat. Der zweite Landtags-Wahlkreis hat gegen 1893 nur einen Wahlbezirk mehr, 265 statt 264. Im vierten Landtags-Wahlkreis hat eine Vermehrung der Wahlbezirke von 224 auf 229 stattgefunden.

Sozialpolitik im Abgeordnetenhaus.

Von Zeit zu Zeit hat sich das Abgeordnetenhaus in der verflochtenen Legislaturperiode auch mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Die Art und Weise, in der dies geschah, zeugt nicht gerade von besonderem Verständnis des Hauses für so wichtige Fragen, wohl aber haben die Debatten das eine gute bewiesen, daß sie der Arbeiterklasse klipp und klar gezeigt haben, wie wenig sie von einem Bourgeois-Parlamente die Berücksichtigung ihrer Interessen erwarten darf.

Mit welcher Heftigkeit bekämpfte nicht die große Mehrheit des Hauses vor zwei Jahren den Vorschlag der Reichskommission für Arbeiterstatistik, betreffend den Vorschlag, Ladenaufschluß, obgleich dies eine Angelegenheit ist, um die sich die Landtage der Einzelstaaten überhaupt nicht zu kümmern haben. Unter dem Vorwand, daß der Aufschluß soziale und wirtschaftliche Mißstände für die kleinen Gewerbetreibenden im Gefolge haben würde, nahm das Haus unter Führung der freikonservativen Partei einen gegen den Vorschlag der Reichskommission gerichteten Antrag an und verlegte so den Angehörigen in offenen Ladenaufschluß auch das bishigen Schutz, das ihnen die Reichsregierung beinahe gewährt hätte.

Genau so arbeitseindlich zeigte sich das Haus in derselben Session in der Frage der Wäckerverordnung. Kaum waren die bundesrätlichen Bestimmungen, betreffend den Betrieb der Wäckerien und Konditoreien, erlassen, als auch schon die beiden konservativen Parteien des Landtags einen Antrag einbrachten, durch welchen die preussische Regierung ersucht wurde, im Bundesrath dahin wirken zu wollen, daß diese Bestimmungen nicht in Wirksamkeit treten. Die Debatten hierüber sind insofern von hoher Bedeutung, als sie sich hauptsächlich auch auf die Frage erstreckten, ob die Kommission für Arbeiterstatistik für den Ausbau der Sozialpolitik im Reich eine solide Grundlage abgebe, eine Frage, die natürlich verneint wurde, da es denjenigen Parteien, welche im Landtage die herrschenden sind, mit der Durchführung der Arbeiterstatistik überhaupt niemals ernst gewesen ist.

Jetzt, unmittelbar vor den Wahlen, werden die „Volksvertreter“ naturgemäß nur ungern an ihr Verhalten erinnert werden wollen, sie werden mit neuen Versprechungen an die Wähler herantreten, um sie näher in Sicht zu lassen. Nun, die Arbeiterklasse wird sich durch solche Redensarten nicht verblenden lassen, sie weiß, was sie von der Arbeiterfreundlichkeit der Konservativen zu halten hat und wird nichts dazu beitragen, die Herrschaft dieser Parteien im Landtage noch zu vermehren.

Auf der Parteikonferenz für den Wahlkreis

Ottensen-Binneberg

empfiehlt der Referent Reichstags-Abgeordneter v. Elm die Wahltheilnahme unter Jugendabstimmung folgende Resolution:

„In Erwägung, daß es im Kreis Ottensen aussichtslos ist, durch Aufstellung eigener Wahlmänner einen Erfolg zu erzielen, hiervon Abstand zu nehmen, jedoch, da eine Theilnahme der Genossen geboten erscheint, angesichts der augenblicklichen politischen Situation und angesichts der Thatsache, daß durch dieselbe es möglich ist, den Kreis Ottensen zu bewahren, daß er in Zukunft weiter vertreten wird durch einen der schärfsten Reaktionen, welcher sich sowohl für die Befreiung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts erklärt, als auch im preussischen Landtag für Verschlechterung des Vereinsrechtes gestimmt hat, beschließt die Konferenz, den Genossen zu empfehlen, für die Wahlmänner derjenigen bürgerlichen Oppositionspartei zu stimmen, welche ihren Kandidaten verpflichtet, für den Fall seiner Wahl in den Landtag, einzutreten:

a) für Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum preussischen Landtag und zu den Gemeinden; b) für Aufhebung des Verbots des Verbindungsvereins von politischen Vereinen und gegen jede Verschmälerung der bestehenden Volkrechte, in erster Linie des Vereins- und Versammlungsrechts; c) für die Befreiung der Gesinde-Ordnung und aller die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Staatsangestellten beschränkenden Maßnahmen.

Zur wirksamen Durchführung dieses Beschlusses beauftragt die Konferenz die Umhorener Genossen, aus ihrer Mitte eine Kommission zu wählen, welche alle weiteren erforderlichen Maßnahmen zu treffen und den Genossen rechtzeitig bekannt zu geben hat.

Nach längerer, recht eingehender Debatte wurde mit 8 gegen 7 Stimmen Wahltheilnahme beschlossen, und nachdem die selbständige Theilnahme abgelehnt war, mit 11 gegen 4 Stimmen die v. Elm'sche Resolution angenommen.

Der Beschluß der Kreis-Konferenz für Oberfeld-Barmen,

über den wir gestern eine telegraphische Mittheilung brachten, lautet wörtlich:

„Die Partei tritt selbständig, d. h. durch Aufstellung eigener Wahlmänner, in den Wahlkampf ein. Bei Wahlmänner-Stichwahlen gelten dieselben Grundzüge wie bei den Reichstags-Stichwahlen.“

Freistimmige Wahlvorbereitungen.

Endlich wird nun auch in der freistimmigen Presse der Bedeutung des Landtages die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt, was wohl einerseits auf das Eingreifen der Sozialdemokratie, andererseits auf die Erkenntnis zurückzuführen ist, daß es den Reaktionen bei angestrengter Thätigkeit wohl gelingen könnte, den Freistimmigen noch dies oder jenes Mandat zu entreißen. So ist z. B. der dritte Berliner Landtags-Wahlkreis, in welchem die Abg. Dr. Birkow und Andrae vor fünf Jahren mit erheblicher Mehrheit gesiegt haben, heute namentlich infolge des Zuganges zahlreicher kleiner Beamten durchaus keine sichere Domäne des freistimmigen Bürgerthums mehr, zumal gegen die Person des wieder aufgestellten Abg. Dr. Birkow sich in freistimmigen Kreisen eine nicht zu unterschätzende Agitation geltend macht.

Ein großes Programm für die Wahlen zu entwerfen, hält die „Freis. Ztg.“ für verfehlt, weil darin eine Täuschung der Wählerkraft in bezug auf die gegenwärtige politische Situation liegen

würde; man dürfe vielmehr bei der Signatur nur anführen an die Erklärung derjenigen Parteien, welche für die nächste Wahlperiode unmittelbar zur Verhandlung stehen. Als solche bezeichnet das Organ der freisinnigen Volkspartei unter anderem ein neues Verfassungsgesetz, einen neuen Affektorenparagrafen, weitere Sperrmaßregeln gegen ausländisches Vieh und eine Aenderung des Dreiklassen-Wahlrechts. Nach allen diesen Richtungen ist auf keinerlei Verbesserungen zu rechnen, so lange die beiden konservativen Parteien ihre gegenwärtige Stärke behalten. Mit vollen Segeln aber würde das Staatschiff weiter in das reaktionäre Fahrwasser gleiten, wenn es den beiden konservativen Parteien gelänge, zu der absoluten Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu gelangen und damit die parlamentarischen Zustände der Reaktionszeit der fünfziger Jahre wieder zu erneuern.

Eingehender behandelt ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“ die Aufgaben des Landtags auf dem Gebiet der Schule, der Justiz, der Steuererhebung, der Eisenbahnverwaltung, im Handel und Gewerbe und ganz besonders auf dem Gebiet der Verwaltung des Innern und der allgemeinen Staatsverwaltung. Der Verfasser erblickt die bisherigen Misserfolge bei den Landtagswahlen nicht ausschließlich in dem Wahlsystem, sondern in einem erheblichen Theile auch darin, daß in den Kreisen des politisch frei und vorgebildeten denkenden Bürgerthums die Thätigkeit des preussischen Landesparlamentes nicht der genügenden Beachtung gewürdigt wurde. Die agrarische Mehrheit, welche im Reichstage erstarkt wird, ist im preussischen Landtage vorhanden. Hier ist der eigentliche Sitz für die Vernachlässigung des Bürgerthums in allen Gebieten der Staatsverwaltung.

Das Zentrum im Rheinland.

Die Geschäftsführung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei hat schon vor Wochen mit den Vorbereitungen für die Landtagswahlen begonnen. Sämtliche Kreise sind um Verzichtserklärung über die Organisation und die in Aussicht genommenen Kandidaten, sowie um Nennung der Delegirten ersucht worden. Der Provinzialausschuß ist auf den 29. d. M. zu einer Sitzung nach Köln einberufen.

Das Abgeordnetenhaus ohne Vued.

Der frühere Landtags-Abgeordnete Vued, Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, will nicht wieder kandidiren. „Wir glauben nicht zu irren“, bemerkt zu dieser Nachricht die „Berl. Vol. Rundsch.“, „wenn wir diesen Entschluß auf den Umstand zurückführen, daß die bevorstehende Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten sich mit der Zeit deckt, die dem Ablauf der Handelsverträge vorliegt. Diese Zeit wird sehr große Anforderungen an alle stellen, die berufen sind, die Interessen des deutschen Gewerbes und besonders der deutschen Industrie zu vertreten.“

Das Abgeordnetenhaus wird in den Herren Müller und Zedlitz-Kentrich und andere so stramme Vertreter der Großindustrie und des Arbeitertruges erhalten, daß Herr Vued nicht fehlen wird. Herr Vued weicht sich in jeder Stellung seinen Aufträgen nach zu machen. Für seinen Leberer, der ihn selbst auf Diäten verzielen läßt, soll er ja, wie wir schon meldeten, in den nächsten Wochen mit 30 000 M. entschädigt werden, falls die Sammlung der Herren Zente und Genossen den erhofften Erfolg haben sollte.

Gewerkthätliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Baudeputirte der Banarbeiter! Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß bei den Eintragungen in unsere Listen die Zugehörigkeit des Kollegen zur Organisation angegeben werden soll. Besonders soll auch bemerkt werden, in welcher Organisation der betreffende Kollege Mitglied ist. Sodann bitten wir dringend, uns die Punkte anzugeben, wo die Arbeit aufgenommen ist. Die Kollegen müssen streng darauf achten, daß alle Vorkommnisse, als Lohnänderungen, Unfälle u. s. w. der Kommission ohne Verzug gemeldet werden. Die Lokalkommission. N. A.: Koal.

Die Spandauer Banarbeiter, die eine Forderung des Streiks vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts erhofften, sind von den Unternehmern scharf zurückgewiesen. Die Abgeordneten der Baugeschäftsinhaber erklärten vor dem Einigungsamt, daß sie mit den von den Arbeitern gewählten Delegirten nicht verhandeln, da die Delegirten Sozialdemokraten seien. Bei solchem starken Brüllern der Arbeiter läßt sich natürlich schwerlich eine Einigung erwarten.

Der Streik der Zimmerer in Bernau ist beendet. Der Unternehmer verspricht sich, für dieses Jahr einen Stundenlohn von 33 Pf. in Bernau und 50 Pf. außerhalb zu zahlen, außerdem dürfen Maßregelungen nicht stattfinden. Mit diesem Angebot haben die Streitenden sich einverstanden erklärt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Deutsches Reich.

In dem Rannheimer Bierboykott hat die Brauerei Durlacher Hof gegen die Wahlkommission einen Klage-Antrag auf 10 000 M. Entschädigung gerichtet.

Die Glasarbeiter der deutschen Glas- und Emaille-Werke in Böhlen-Rippes befinden sich seit dem 5. August im Streik. Die Differenzen waren zunächst entstanden durch Lohnabzüge an Alfordpreisen und Entziehung von Hilfsarbeitern. Zuerst erhielten die Arbeiter für die entzogenen Hilfskräfte eine Entschädigung von 3 M., später wurde diese auf 1,50 M. reduziert und schließlich ganz in Wegfall gebracht. Durch Verhandlungen mit dem Direktor wurde die Angelegenheit unter Reduzierung der Alfordpreise um etwa 10 pCt. beigelegt. Nach dieser Zeit schloß den Arbeitern bei jeder Lohnzahlung etwas an ihrem verdienten Gelde. Eine Kommission, die dieserhalb bei dem Direktor vorstellig wurde, erhielt den Bescheid, der Betriebsleiter, Herr Müller, habe Abzüge angeordnet. Die Arbeiter reichen nun ihre Klage ein und legen nach Ablauf derselben die Arbeit nieder. Der Fabrikleitung gelang es trotz aller Mühe nicht, andere Arbeiter zu bekommen. Am Montag begab sich nun eine von den Anständigen bestimmte Kommission zum Herrn Direktor Schreier nach Sanderdorf, wohin das Werk in nächster Zeit verlegt werden soll, um nochmals einen Einigungsversuch zu machen. Leider vergeblich. Der Herr Direktor ertheilte der Kommission folgenden Bescheid: Bezüglich der Abzüge müsse er gänzlich freie Hand behalten, denn einerseits seien die Glaspreise dem Wechsel unterworfen, andererseits wolle er sich das Recht, Lohnabzüge zu machen, wie und wann er wolle, nicht nehmen lassen. Der Hilfsarbeiter sei für immer in Verfall gebracht, eine Entschädigung hierfür werde nicht gezahlt. Diejenigen Arbeiter, die wieder in Arbeit treten wollten, hätten einzeln bei ihm vorstellig zu werden, ausdrücklich um Wiederaufnahme in das Arbeitsverhältnis zu bitten und wegen ihres Vorgehens Abbitte zu leisten; ferner müßten sie aus dem Glasarbeiter-Verband austreten. Wenn diese Bedingungen erfüllt seien, wolle er eine Auswahl unter den Leuten treffen, die „Mädelöfener“ wie auch den Bevollmächtigten der Fabrikstelle des Glasarbeiter-Verbandes werde er auf keinen Fall wieder einstellen! — Jedes Wort der Kritik zu diesen Bedingungen erlirbt sich. Die Glasarbeiter sind gezwungen, in dem Kampfe zu verharrten, und sie dürfen nunmehr wohl der vollsten Sympathien und der weitgehendsten materiellen Unterstützung aller organisirten und denkenden Arbeiter sicher sein. Geldsendungen sind zu richten an Friedrich Hock, Köln, Siebenburgen 49a, oder an Karl Schlüter, Köln, Sternengasse 48.

Die Stuckateure in Ebersfeld haben beschloffen am 22. September in den Streik einzutreten, da von den Unternehmern jede Verhandlung über die Einführung eines Lohntarifs abgelehnt wurde.

Soziales.

Zur Auarbeitung von Vorschlägen zur Reform der geburtsärztlichen Ordnung im preussischen Staate hat die Ärztekammer der Provinz Sachsen vor einiger Zeit eine Kommission

eingesetzt. Ein Theil der von diesen gemachten Reformvorschläge, so weit sich diese auf das Hebammenwesen beziehen, ist der „Berl. Medizinischen Wochenschrift“ zufolge in der sächsischen Vertikammer bereits beraten und angenommen worden. Die betreffenden Vorschläge bezwecken, Verhältnisse zu schaffen, die geeignet sind, dem Hebammenberufe reifere, moralisch und geistig höher stehende Kräfte als bisher zuzuführen. Dies soll erreicht werden durch Reorganisation des Hebammenkulturbereichs (eine bis zwei Anstalten in jeder Provinz unter Leitung eines auskömmlich besoldeten Direktors und geeigneter Hilfskräfte; einjährige Dauer des Kurses), ganz besonders aber durch Verstaatlichung des Hebammenwesens. Jeder Kreis des preussischen Staates ist in eine bestimmte Anzahl von Hebammenbezirken einzutheilen, sämtliche Hebammen sind als Bezirkshebammen mit garantirtem Mindest-Einkommen, neuer Gebührentaxe und speziell geregelter Alters- und Invaliditäts-Versicherung anzustellen. Außerdem wünscht die Kommission eine Neu-Ordnung der Wöchnerinnen-Pflege, die nach Art der jetzt allgemein anerkannten Organisation der öffentlichen Wohlfahrtspflege — im Gegensatz zur privaten Wohlthätigkeit — durch Bildung einer Frauengenossenschaft, eines Versicherungsvorbandes schaffen soll, um jeder Familie ein Anrecht auf hygienische Geburts- und Wochenpflege zu sichern. Diese Frauengenossenschaft soll, im Einvernehmen mit dem Kreisphysikus und unter Mitwirkung der Hebammen, für Herrichtung eines nach den Forderungen der Antiseptik eingerichteten, d. h. die Hülfen der Wunden verhindevenden, Geburts- und Wochenlagers sorgen, der Wöchnerin die Möglichkeit einer mindestens zehntägigen Ruhe schaffen, bei Erkrankungen eine geschulte Pflegerin und unter Umständen auch eine Vertreterin im Haushalte anstellen. Schließlich wird auch auf die große Bedeutung der Wöchnerinnen-Arztgehilfen hingewiesen, die mit der Frauen-Genossenschaft in enge Beziehung gebracht werden könnten.

Die Dampfkraft in Preußen zu Anfang 1898. Die statistische Erhebung über die Dampfkessel, Dampfmaschinen und Dampfkränze im preussischen Staate mit Ausnahme der in der Verwaltung des Landheeres und der Kriegsmarine stehenden sowie der Lokomotiven hat zu Anfang 1898 abermals eine beträchtliche Vermehrung gegen das Vorjahr ergeben, wie nachstehende Angaben zeigen.

Table with 4 columns: Item, 1897, 1898, Increase. Rows include stationary steam engines, mobile steam engines, ship steam engines, and steam boilers.

Neben den lediglich der Fortbewegung von Schiffen dienenden 2207 Schiff-Dampfkesseln und 2115 Schiff-Dampfmaschinen befanden sich zu Beginn 1898 auf schwimmenden Fahrzeugen noch 567 Dampfkessel und 1887 Dampfmaschinen, welche die Betriebskraft für Dampfbagger, Dampfträhne, Ankerwinden u. dgl. abgaben und je nach ihrer Bauart unter den oben mitgetheilten Ziffern der feststehenden oder beweglichen Dampfkessel und Dampfmaschinen mit enthalten sind.

Unter den Regierungsbezirken hatten:

Table with 6 columns: Regierungsbezirk, 1894, 1893, 1892, 1891, 1890. Rows include Stadtkr. Berlin, Potsdam, and Frankfurt.

Der „Vund der Industriellen“ hält vom 9. bis 11. Oktober in Berlin im Hotel zu den Vier Jahreszeiten seine ordentliche Generalversammlung ab. In a. soll über folgende Punkte verhandelt werden: Der Wirtschaftliche Ausschuß und die Bundesstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge (Referent: R. von Drehschütz aus Sommerda, Korreferent: Dr. W. Wendlandt aus Berlin), Die Errichtung eines deutschen Reichs-Handelsmuseums (Referent: Direktor G. Breuer, Korreferent: Dr. Herm. Schumacher), Organisation des Arbeitsnachweises (Referent: Dr. O. Sc. Martens aus Hamburg, Korreferent: Fabrikbesitzer Dr. Kunath aus Leipzig), Errichtung eines „Industriellen Schiedsgerichts“ (Referent: der Syndikus des Bundes, Rechtsanwalt Dr. Jul. Lubszynski).

Vier Versammlungen von Mitgliedern der Allgemeinen Orts-Krankenkasse in Reusscheid, die vom Vorstand der Kasse einberufen waren, nahmen, wie uns von dort mitgetheilt wird, einstimmig eine Resolution an, worin die Maßnahmen, die der Vorstand in der Arzte-Angelegenheit getroffen hat, rückhaltlos gebilligt werden.

Der Zentralverband der Orts-Krankenkassen Deutschlands hielt am 12. September in Weimar seine Hauptversammlung ab. Es wurde eine Reihe von Anträgen zum Krankenversicherungs-Gesetz erledigt. Darunter befand sich ein solcher auf Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Deutschboten. Vertreten waren 2 Klassen mit 852219 Mitgliedern. Zum Ort der nächsten Versammlung wurde Hannover gewählt.

Den Erlaß eines Wohnungsgesetzes beabsichtigt die Regierung des schweizerischen Kantons Zürich. Die an der Sache beteiligten Vereinigungen, darunter auch der Viehherverein in der Stadt Zürich, sind ersucht worden, ihre Wünsche hinsichtlich einer gesetzlichen Regelung dieser Materie zu formuliren.

Arbeiter-Risiko. Auf der Feste Königin Luise-Grube bei Garze in Obersachsen wurden durch den Einbruch eines Feilers im Schacht vier Bergleute verdrückt. Zwei wurden todt, die übrigen schwer verletzt zu Tage gefördert.

Unternehmer-Verbände.

Preisdreieckerei der Syndikate. Wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, werden in dem Hogener Handelskammer Bericht Klagen geführt über die Versicherung, welche die Verbände der Kohlengruben, Hochtöfen und Holzgewerke für die inländische Industrie mit sich bringen. Ähnliche Klagen werden in dem Jahresberichte der Weseler Handelskammer gegen das Koalitionsindikat erhoben. In Giechereifonds sei in den ersten Monaten 1897 eine pomirtartige Treiberentstand. Das Koalitionsindikat habe die Produktion der Spekulation überlassen. Hätte nun ein Koalitionsverbraucher außerhalb seines auf lange Zeit laufenden Abchlusses Koals haben wollen, so sei er entweder auf Händler gezwungen, die „kein Loth mehr“ anzugeben hatten, oder auf solche, die Phantasiepreise forberten. Im Spätherbst dagegen sei ein dringendes Händlerangebot erfolgt, jedoch nun bei gleichstarker Beschäftigung der Giechereien plötzlich Koals im Ueberschuß dagewesen sei. Das Koalitionsindikat schloße die Giechereien für ihren unentbehrlichen Bedarf vom direkten Einkaufe aus und zwinge sie zur Abhängigkeit von der schrankenlosen Spekulation. Diese Zustände seien um so bedenklicher und unhaltbarer, als ein Theil des Koals dem Auslande zu billigerem Preise überlassen werde. Auch der Bericht der Handelskammer in Mülheim a. d. R. bedauert, daß die Giechereien die Preise ihrer Produkte mit den durch schiefgelagte Vereinigungen diktierten Preisen für Kohlen, Koals, Eisen und dergleichen nicht in Einklang bringen könnten. Andererseits sind übrigens demselben Berichte zufolge die Hochtöfen und Stahlgewerke in Verbindung mit dem Kohlen- und Koalitionsindikat übereingekommen, den Halbzeug oder Rohstoff weiter verarbeitenden Holzgewerken für die von ihnen ausgeführten Mengen eine entsprechende Ausfuhrvergütung zu gewähren.

Von der Gefindestlaverei. Die Frage, ob ein Dienstmädchen das Recht hat, die Benutzung eines Hängebodens als Schlafraum zu verweigern, wenn er direkt Luft und Licht durch ein Fenster vom Hofe aus erhält und 1,70 Meter hoch, 1 Meter breit und drei Meter lang ist, wird von rechtsverständiger Seite im „Grundrunden“ verneint, vorausgesetzt, daß der Hängeboden nicht etwa nach sachverständigem Gutachten als gesundheitschädlich anzusehen ist. An und für sich ist ein Raum von nur 1,70 Meter Höhe nicht gesundheitschädlich und auch vom sanitologischen Standpunkt ist die Benutzung eines solchen Raumes, falls er aus der Zeit vor dem 23. Januar 1887 herrührt, zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht unzulässig. Das Ober-Verwaltungsgericht hat die Benutzung von Hängeböden, welche vor dem 23. Januar 1887 angelegt sind und Fenster nach dem Hofe oder der Straße besitzten, als Schlafgelass für zulässig erklärt.

Ueber die Stellung zum Stuttgarter Parteitag

haben gestern Abend die Berliner Parteigenossen und Genoffinnen in sechs öffentlichen Versammlungen verhandelt. Wie beschränkt uns für heute darauf, unseren Lesern die Resultate dieser Versammlungen, soweit sie bis zum Schluß des Blattes eingelaufen sind, mitzutheilen und werden in der nächsten Nummer einen der Bedeutung der Verhandlungen entsprechenden ausführlichen Bericht bringen.

Der erste Wahlkreis tagte in den Arminiahallen. Nachdem der Bericht über die Brandenburgische Provinzialkonferenz erstattet, fanden folgende Anträge zum Stuttgarter Parteitag Aufnahme:

Zur „Presse“ wird beantragt, neben dem „Vorwärts“ ein Abendblatt zu begründen, das zum Preise von 50-60 Pf. abzugeben ist. Ferner wird der Antrag gestellt, daß auf den folgenden Parteitagen die Berliner Pressekommision durch ein Mitglied vertreten sein soll. Ebenfalls angenommen wird ein Antrag Preuß, wonach die Vertrauensleute nach jeder Session für die Herausgabe eines Flugblattes zu sorgen haben. Schließlich sollen die Delegirten des Kreises für die Belegung des Parteitages auf eine andere Jahreszeit eintreten. Als Delegirte werden Preuß und Raetebusch gewählt. Zum Schluß wurde noch folgende Resolution angenommen: Die Versammlung ist mit der Veröffentlichung ihrer Vertrauenspersonen in der Frage der Theilnahme an den Landtagswahlen nicht einverstanden, da der Inhalt dieser Veröffentlichung mit den Ansichten der Parteigenossenschaft des ersten Wahlkreises nicht übereinstimmt.

Zweiter Wahlkreis. Als Delegirte für Stuttgart wurden gewählt: Jacob mit 138, Lanfau mit 135, Frau Lily Braun mit 116 Stimmen.

Dritter Wahlkreis. Die Wahl der Delegirten zum Parteitag fiel auf die Genossen Frieß, Wartenberg, Paulsch, Hinz wurde als Ersatzmann bestimmt. In die Agitationskommission für Brandenburg wurde Dimmid wiedergewählt.

Der vierte Wahlkreis delegirte zum Parteitag die Genossen Thielke für den Osten, Karl Scholz und Vogt für den Südosten; in die Brandenburgische Agitations-Kommission wurden Weise und Wajewitz gewählt.

Der fünfte Wahlkreis beschloß, nur einen Delegirten zum Parteitag zu entsenden; gewählt wurde Genoffe Sassenbach.

Sechster Wahlkreis. Zu Delegirten wurden gewählt: Riesel mit 206, Augustin mit 200 und Leid mit 193 Stimmen. Auf Ledebour fielen 119 auf Frau Resch 59 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 13. September. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Das hiesige Landgericht verurtheilt heute eine Diebes- und Hehlereigesellschaft wegen bandenmäßiger Verurbarung von Kaufmannsgütern im Hofen, wie Jucker, Gerste u. zu 9 Monaten bis 3 Jahren Gefängniß. Der Hauptthäter, Wäldermeister und Kolonialwaarenhändler Diez aus Ochsenwärder, erhielt 3 1/2 Jahre Zuchthaus.

Zürich, 13. September. Einflußreiche Prehorgane protestiren jetzt schon dagegen, daß das Attentat gegen die Kaiserin von Oesterreich dazu ausgenützt werde, das Asylrecht zu beschränken, die politische Polizei zu verstärken oder sonstige reaktionäre Maßnahmen zu treffen. Sie erklären die Mißwirtschaft in Italien als die alleinige Ursache der anarcho-syndikalistischen Schandthaten.

Genf, 13. September. (W. Z. B.) Die feierliche Säckelung des Sarges der Kaiserin Elisabeth fand heute in dem Trauer-gemach statt.

Madrid, 13. September. (W. Z. B.) In der gestrigen Senats-sitzung führte Sagasta aus, das Unglück des Landes komme vom Lande selbst, das durch halbhuundertjährigen Kriegszustand erschöpft sei. General Welser hob hervor, er wisse, daß weder Sagasta noch Canovas del Castillo den Krieg wollten. Almenas griff die Generale wiederholt an; dabei unterbrach ihn General Primo de Rivera mit dem Aufse: Sie reden Dummeheiten! Almenas erwiderte: Gegenüber solchen Worten setze ich mich. (Unruhe.) Der Kriegsminister Correa prias die Verdienste Welser's außerordentlich. Nach einer Rede des Herzogs von Tetuan wurde die Sitzung geschlossen.

Madrid, 13. September. (W. Z. B.) Nach einer Depesche der „Agencia Fabra“ aus Manila werden dortige Privatbänker von den Amerikanern besetzt und Archive vernichtet. Der Gesundheitszustand sei traurig. Santa Cruz habe sich am 1. ds. Mts. den Injuranten ergeben. Letztere werden übermorgen einen Präsidenten der Aufständischen-Regierung wahrscheinlich Kreslano, ernennen.

Madrid, 13. September. (W. Z. B.) Kammer. Canalejas setzte heute seine Anklagen gegen den Marineminister Kunon fort und verlangte, daß die für den Verlust des Geschwaders und die Kapitulation Santiago's Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Madrid, 13. Sept. (W. Z. B.) Die Republikaner, die Karlisten und die diffidirenden Konservativen verlassen in einer Versammlung ein Manifest, in welchem sie über den Beweggrund Auskunft geben, der sie veranlaßt habe, die Kammer zu verlassen. Salmeras, Vania und Romero unterzeichneten das Manifest und überantworten es den Zeitungen. Die Zensur verbot jedoch die Veröffentlichung desselben.

Madrid, 13. September. (W. Z. B.) Deputirtenkammer. In Erwiderung auf die gestrige Rede des General Primo de Rivera spielte Uria auf Persönlichkeiten an, die sich auf Kosten des Staatsschatzes bereichert hätten. Der Redner wurde zur Ordnung gerufen. Später trat die Kammer zu einer geheimen Sitzung zusammen, um das Friedensprotokoll zu beraten. — Die Republikaner Carlisten und diffidirenden Konservativen bleiben den Sitzungen nach wie vor fern.

Mailand, 13. September. (W. Z. B.) Der wegen Vertheilung aufrührerischer Manifeste verhaftete Carlo Siles wurde heute vom Polizei-Juzpeltor verhört. Er erhob Einspruch dagegen, daß man ihn für einen Anarchisten halte, und sagte, er sei Sozialist. Er habe sich lange Zeit in London aufgehalten, von wo er sich in den letzten Tagen nach Italien begeben habe. Von London aus habe er unter dem Pseudonym „Caio Gracco“ Mittheilungen an das Journal „Avanti“ gefordert. — Heute Abend wurde Siles in das Zellengefängniß abgeführt.

Jara, 13. September. (W. Z. B.) In dem Erdbebengebiete von Sinj dauern die Erdstöße fort, die zum theil sehr stark sind.

Kandia, 13. September. (Melbung des Reuterschen Bureau's.) Admiral Koel theilte heute früh dem Gouverneur mit, er möge innerhalb vierundzwanzig Stunden die Muselmanen entlassen lassen.

Manila, 13. Sept. (W. Z. B.) General Merritt begiebt sich nach Paris mit der Vollmacht, im Namen der Aufständischen für die Amerikaner das Protektorat über den ganzen Archipel zu verlangen.

24. Deutscher Juristentag.

Posen, 12. September 1898.

In der dritten Abtheilung (Strafrecht) führten Reichsgerichtsrath a. D. Dr. Stenglein-Leipzig und Oberstaatsanwalt Uebe-Posen den Vorsitz. Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildete die Behandlung des dolus eventualis im Strafrecht beziehungsweise im Strafprozeß. Der Vorsitzende, Oberstaatsanwalt Hamm-Leipzig äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Die Frage ist hauptsächlich auf die Tagesordnung gesetzt worden, um die Bedenken, die im großen Publikum über dieselben bestehen, zu zerstreuen. Ein dolus eventualis ist stets dann vorhanden, wenn der Thäter durch das angewandte Mittel einen Erfolg erzielt, den er wohl nicht beabsichtigte, er aber über die eventuelle Wirkung des Mittels nicht im Zweifel sein konnte. Wenn der Thäter sagt: ich wende das Mittel an, obwohl dasselbe einen Erfolg haben könnte, den ich eigentlich nicht beabsichtige, so liegt der dolus eventualis vor. Wenn jemand auf einen Menschen schießt, in der Absicht ihn zu tödten, aber einen anderen erschießt, so wird er nicht wegen versuchten Mordes und fahrlässiger Tödtung sondern wegen vorsätzlicher überlegter Tödtung bestraft. Ein dolus eventualis ist stets dann vorhanden, wenn der Thäter durch Anwendung eines Mittels den eventuellen Zweck in seinem Willen aufgenommen hat. Bei der Verhandlung bezüglich des Niederwaldattentats kam es zur Sprache, daß der Thäter in einer Restauration eine Dynamitbombe zum Explodiren gebracht hatte. Der Attentäter behauptete, lediglich eine Verschädigung von Gegenständen bezweckt zu haben. Der vereingete zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurtheilte jedoch den Thäter auch wegen versuchten Mordes, da angenommen wurde: der Thäter hätte wissen müssen, daß das von ihm angewandte Mittel eine Tödtung von Menschen bewirken könnte und daß er diesen Erfolg auch event. in seinem Willen aufgenommen hat. Wenn jemand mit einem Kinde unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vornimmt, ohne das Alter des Kindes zu kennen, so liegt der Vorfall des Verbrechen nicht vor. Allerdings kann ein Thäter nur dann auf Grund des dolus eventualis verurtheilt werden, wenn nachgewiesen oder aus den Umständen anzunehmen ist, daß ihm die eventuelle Wirkung des Mittels bekannt war, bezw. bekannt sein mußte. Er ersuche folgender Erklärung zuzustimmen: „Der Erfolg einer Handlung, auf den der Wille des Thäters nicht direkt gerichtet ist, der aber vom Thäter als möglich erkannt war, ist strafrechtlich dem Thäter als vorsätzlich von ihm verursacht anzurechnen, wenn er die That auch für den Fall wollte, daß sie diesen Erfolg haben würde. Desgleichen ist der Thäter, der das Vorhandensein eines zum Thatsbestande einer strafbaren Handlung gehörenden Merkmals nicht kannte, aber sich möglich hielt, wegen vorsätzlicher Begehung der strafbaren Handlung zu verurtheilen, wenn er die That auch für den Fall gewollt hat, daß dieses Thatsbestandsmerkmal vorliegt.“ (Weisfall.)

Reichsanwalt Dr. Scheerer-Leipzig: Er stimme dem Herrn Oberstaatsanwalt bei, er sei jedoch der Meinung, dem Reichsgericht stehe die Nachprüfung über das Vorhandensein des dolus eventualis zu, wenn auch das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von der Strafkammer thatsächlich festgestellt sei. Gegen rein thatsächliche Feststellungen der Strafkammer könne das Reichsgericht nichts machen, das Vorhandensein des dolus eventualis sei jedoch keine thatsächliche, sondern eine Rechtsfrage. Der verstorbene Reichsgerichtsenatspräsident Dr. v. Drechsler sagte: Durch die thatsächliche Feststellung des dolus eventualis seitens der Strafkammer habe das Reichsgericht das Rechtsmittel in Strafsachen einfach aus der Hand gegeben. — Landgerichts-Direktor Uebe-Posen: Er halte den dolus eventualis in der Rechtsprechung für unheimlich. Der Widerspruch der großen Öffentlichkeit beruhe zweifellos auf Irrthum. Es gelte daher, diese Bedenken zu zerstreuen. Es würde sich daher empfehlen, zu sagen: sowohl der unbedingte als auch der bedingte Vorfall ist strafbar. — A. A. Werner-Magdeburg: Er sei ebenfalls mit den Ausführungen des Reichsgerichtsenats einverstanden, er sei aber der Meinung, man könne nur dann eine Bestrafung eintreten lassen, wenn nachgewiesen sei, daß dem Thäter die Wirkung des angewandten Mittels vollbewußt war. Wenn z. B. ein Rechtsanwalt oder Gerichtsvollzieher über die Höhe der zu erhebenden Gebühren in Zweifel sei, so könne man doch nicht annehmen, daß er sich der strafbaren Handlung voll bewußt war. In gleicher Weise müsse bei Verleumdungen, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen etc. verfahren werden. Er ersuche der Erklärung des Herrn Oberstaatsanwalts Hamm folgendes hinzuzufügen: „In eine Handlung nach dem Gesetze nur strafbar, wenn der Thäter bestimmte Thatsbestandsmomente gewußt hat, dann genügt betreffs dieser Thatsbestandsmomente der dolus eventualis nicht.“ — Oberstaatsanwalt Hamm: Die Anregung des Herrn Reichsanwalts Dr. Scheerer berühre die Frage der Revision, die hier nicht zur Erörterung stehe. Mit Herrn Reichsanwalt Werner könne er sich nicht einverstanden erklären. Wenn ein Rechtsanwalt im Zweifel über zu erhebende Gebühren und zu bequem sei, nachzuschlagen, aber dennoch zu hohe Gebühren berechne, so mache er sich wohl im Sinne des dolus eventualis strafbar. — Der Antrag Hamm gelangte danach, unter Ablehnung des Antrages Werner, einstimmig zur Annahme.

Den folgenden Gegenstand bildete die Frage: „Soll zur Verjährung der Strafverfolgung der bloße Ablauf einer gesetzlich bestimmten Frist seit Verübung der Straftat genügen oder soll diese Verjährung auch nur an andere Bedingungen geknüpft werden?“

Landgerichts-Direktor Dr. Felisch (Berlin) führte aus: Es sei erforderlich, einen Endtermin für die Verjährung einer strafbaren That festzustellen. Dadurch, daß dieser Termin durch richterliche Handlung stets unterbrochen werden könne, sei die Verjährung eigentlich aufgehoben. Dieser Zustand sei unhaltbar. Es müsse verhindert werden, daß ein seit vielen Jahren sich ansäugig geführter Mensch wegen einer in seiner Jugend verübten Straftat unaufhörlich heunruhigt werde. Er beantrage zu beschließen: „Der seit Verübung einer Straftat erfolgte Ablauf einer gesetzlich bestimmten Frist genügt zur Verjährung der Strafverfolgung. Doch empfiehlt sich eine Verkürzung der Verjährungsfrist für den Fall, daß der Thäter den durch seine strafbare Handlung verursachten Schaden erlegt hat, sowie ein Endtermin für unterbrochene Verjährungsfristen.“

Oberstaatsanwalt Hamm: Er könne sich mit dem Vordr. nur insoweit einverstanden erklären, als er die gesetzliche Verjährungsfrist ebenfalls nicht durch richterliche Handlungen unterbrochen wissen wolle. Wenn nach langer Zeit schließlich ein Verfahren gegen einen Menschen, der sich viele Jahre ansäugig geföhrt, aufgenommen werde, dann entstehe doch die Frage, ob die Schuldverweise ausreichend seien, die Existenz und das Lebensglück des betr. Mannes sei aber jedenfalls ruiniert. Der Ansicht, daß die Verjährungsfrist von einem Schadenerfolg abhängig sein solle, müsse er ganz entschieden entgegenstehen. — Erster Staatsanwalt Dr. Henrich-Posen: Er sei mit dem Herrn Oberstaatsanwalt vollständig einverstanden. Die Abhängigkeit der Verjährung von einem Schadenerfolg sei eine Bevorzugung der Reichen gegen die Armen. Im Interesse der Rechtsgleichheit ersuche er, diesen Abfall in dem Antrage Felisch abzulehnen. — Landgerichts-Direktor Dr. Felisch: Er sei mit der beantragten Streichung einverstanden, obwohl er nicht zugeben könne, daß damit eine Bevorzugung der Reichen ausgesprochen werden sollte. Es wäre das um so weniger der Fall, da die Reichen verhältnismäßig nur selten

Straftaten begehen. Der Antrag Felisch gelangte schließlich in folgender Fassung zur Annahme: „Der seit Verübung einer Straftat erfolgte Ablauf einer gesetzlich bestimmten Frist genügt zur Verjährung der Strafverfolgung. Es empfiehlt sich ein Endtermin für unterbrochene Verjährungsfristen.“

In der ersten Abtheilung (Privatrecht), in der Landgerichts-Präsident Thomsen-Münster den Vorsitz führte, sprach Geh. Justizrath Professor Dr. Brunner-Berlin über die Frage: „Empfiehlt es sich zum Schutze der Bauhandwerker die Ertheilung der Bau-Erlaubniß an den Unternehmer von einer durch diesen zu bestellenden Sicherheit oder Sicherheitshypothek abhängig zu machen?“ Der Redner befragte folgende Erklärung: „1. Es empfiehlt sich zum Schutze der Bauhandwerker in Neubaubezirken die Bau-Erlaubniß vor der Eintragung eines Bauvermerks in das Grundbuch abhängig zu machen, an den die Sicherung der Bauforderungen zu knüpfen ist. 2. Ueberdies die von dem Bauvermerk eingetragenen Belastungen des Köpffentlich taxierten Baustellenwerths, so ist in Höhe der Differenz eine Kaution zur Sicherstellung der Bauforderungen zu leisten. 3. Sind die Verträge mit den Bauhandwerkern und Arbeitern nicht im Namen oder für Rechnung des Bauherren geschlossen, so können jene durch wirksame Anmeldung ihrer Ansprüche ein Pfandrecht an den angemeldeten Bauforderungen des Vormannes erwerben und die Anzahlung seiner nicht angemeldeten Forderungen sperren.“ Es schloß sich hieran eine lange Besprechung. Der Antrag Brunner gelangte schließlich, unter Streichung des Absatzes 2 und des letzten Satzes in 3: „und die Anzahlung seiner nicht angemeldeten Forderung sperren“ zur Annahme.

Der 24. deutsche Juristentag hat sich dahin ausgesprochen, daß die Deportation als Strafmittel für Deutschland nicht geeignet sei. Ein Versuch mit der Deportation sei nicht zu empfehlen.

lokales.

Achtung, Gewerkschaften und Arbeiter Berlins! Montag den 19. September, abends, werden in ganz Berlin allgemeine Gewerkschaftsversammlungen abgehalten mit der Tagesordnung: Die Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch hohe Zuschuldsstrafen. Wir erwarten von den Gewerkschaften, daß sie zu diesem Zweck keine Sonderversammlungen einberufen, damit der Besuch jener Versammlungen ein reger wird.

Die Berliner Gewerkschaftskommission.

J. A. Rud. Millarg.

Die Parteipresse der Provinz wird um Abdruck gebeten. Die Lokalkommission. J. A. Ostler-Mahke, Berlin S., Ritterstr. 3.

Jur Lokalkommission. In Erkner hat sich nach jahrelangem Kampfe endlich der Reichs-Albert Schlaß, Kirchhaus, Friedrichstraße, Ecke Färstentwaderstraße, bereit erklärt, den Arbeitern seine Räumlichkeiten auch zu Versammlungen herzugeben. Außerdem liegt der „Vorwärts“ aus bei Wartenberg, Wilhelmgarten, Baustr. 20 und bei Ww. Walter, Eichenhof, Friedrichstr. 25. Die Lokalkommission.

Gegen die Rabatt-Sparvereine des Nordens nehmen jetzt die Lieferanten in Branchenversammlungen energisch Stellung. Von den Kolonialwarenhändlern geschah dies Montag Abend in einer Versammlung bei Hensel, Brunnenstraße. An stelle des durch Krankheit verhinderten Kommerzienrathes Eissner stizirte Redakteur Mauness kurz das Unwesen der Rabatt-Sparvereine und befragte, daß die Geschäftskreise durch Nebensicht bei Konventionalstrafe verpflichtet sollten, an jene Vereine nichts mehr zu liefern. Die Versammlung beschloß, vom 15. d. M. an überhaupt jede Lieferung an Rabattvereine einzustellen. Außerdem wurde die Branchenkommission in Permanenz erklärt, mit der Weisung, sofort von einem Rechtsanwalt einen rechtsgültigen Revers anfertigen zu lassen, durch dessen Unterzeichnung jeder Kolonialwarenhändler einer Konventionalstrafe von 300 Mark sich unterwirft, zur Verhütung eines Mißfalles. Der Wegfall des Rabatts an die Privatkundschaft soll in diesem Revers ebenfalls festgelegt werden. In zahlreichen Geschäften des Nordens wurden gestern Klatsche folgenden Inhalts angeschlagen: „Da kein Geschäftsmann in der Lage ist, bei den nur denkbar niedrigsten Preisen noch Rabatt zu gewähren, werden wir vom 15. September 1898 an keine Rabattmarken mehr ausgeben.“

Gegen das Unwesen der Rabatt-Sparvereine haben die Geschäftsleute beinahe schon mehrfach Stellung genommen, ohne daß ein dauernder Erfolg erzielt wurde. Es bleibt abzuwarten, ob die Geschäftsleute diesmal ihren Zweck erreichen werden.

Der diesjährige Sommer, den man im ganzen läßt nehmen muß, hat uns trotzdem zeitweise eine ungewöhnliche Hitze gebracht. An drei Tagen hat sogar eine Temperatur geherrscht, wie sie in gleicher Höhe für die betreffenden Daten seit 60 Jahren noch nicht beobachtet worden war. Am 7. und 17. August, sowie am 10. September ist der Tagesdurchschnitt der Temperatur über die für diese Tage seit 1848 beobachteten höchsten Durchschnitte hinausgegangen. Nach den Beobachtungen der Berliner meteorologischen Station war die Durchschnittstemperatur am 7. August er: 24,7 Grad Celsius (bisher höchster Durchschnitt für dieses Datum im Jahre 1888: 24,3 Grad), am 17. August er: 27,7 Grad (bisher 1868: 27,4 Gr.), am 10. September er: 22,1 Grad (bisher 1857: 22,0 Grad). Der 17. August hatte den höchsten Durchschnitt dieses Sommers; den höchsten Durchschnitt seit 60 Jahren hatte der 20. Juli 1885 mit 29,5 Grad, den nächsthöchsten der 21. Juli 1865 mit 29,0 Grad.

Nachdem die Droschkenbesitzer es glücklich durchgesetzt haben, daß eine Vermehrung der Droschken vorerst nicht mehr stattfindet, sind sie jetzt an der Arbeit, den ihnen aus diesem Entgegenkommen der Behörde erwachsenen Vortheil nach Kräften zu vergrößern. Die Vereinigung Berliner Droschkenbesitzer hat den lähnen Beschluß gefaßt, beim Kommissariat für das öffentliche Fahrwesen eine Erleichterung der Zulassungsbedingungen zum Droschkenführerberufe zu beantragen. Das Kommissariat macht jetzt die Ertheilung eines Fahrscheines neben anderem auch von der Verbringung eines Nachweises darüber abhängig, daß der Droschkenführer-Kandidat bereits 3 Monate in Berlin als Kutscher thätig gewesen ist, diese Bedingung soll nun nach dem Wunsche der Antragsteller das Kommissariat fernerhin fallen lassen. Dieser Antrag, so sehr er auch scheinbar im Interesse der Kutscher liegt, ist sicher nicht im Interesse dieser, sondern lediglich im eigenen Interesse der Fuhrherren selbst gestellt. Dafür spricht der weiter ausgesprochene Wunsch, das Kommissariat möge fernerhin den Zeugnissen sich bewerbender Kutscher aus anderen großen Städten oder von Fahrschulen mehr Berücksichtigung als bisher zu theil werden lassen.

Geht das Kommissariat auf diesen Antrag ein, so werden die Fuhrherren dafür Sorge tragen, daß diese Erleichterung, in Berlin Droschkenführer zu werden, in aller Welt bekannt wird, und ihren Kosten werden schon so viele mit den örtlichen Verhältnissen unbekannt Kutscher folgen, daß die Berliner Kutscher, wollen sie überhaupt noch Erwerbsgelegenheit finden, sich in alle Bedingungen des Fuhrherren fügen müssen. Die Droschkenführer werden verstehen es, auch ohne Nachtheil sich Arbeitswillige zu schaffen, wenn ihnen nur die Behörde ein freundliches Entgegenkommen zeigt. Und das ist ja bisher noch immer der Fall gewesen.

Die 141. Kunstschule, Klosterstraße 75, giebt bekannt, daß die Aufnahmeprüfung für das am 10. Oktober beginnende Schuljahr vom 3. bis 6. Oktober stattfindet. Wer daran theilnehmen will, hat sich bis spätestens Sonnabend, den 1. Oktober, mittags, in der Kunstschule persönlich zu melden. Das jährliche Schulgeld für Volksschüler beträgt 80 M.

Die Unterrichtsanstalt des Königl. Kunstgewerbe-Museums, Berlin SW., Pring Albrechtstr. 7, giebt folgendes bekannt: Das Schuljahr 1898/99 beginnt am 3. Oktober 1898 und schließt am 28. Juni 1899. Tages-Unterricht (8-4 Uhr) in dreijährigen Kursen: Architektonisches Zeichnen und Entwerfen (Möbel, Gerath, Schmiedewerk etc.) — Ornamentales und figürliches Modelliren — Ziseliren und Metallarbeiten — Goldschmied — Ornamentales und figürliches Malen — Schmelzmalen — Musterzeichnen — Kupferstechen (und Radiren — Kunstfärberei. — Ergänzungsunterricht: Kunstgewerbliche Aufnahmen, Stizirübungen, Pflanzenzeichnen etc. Abend-Unterricht (5 1/2-9 1/2 Uhr) in einjährigen Kursen: Ornamentzeichnen — Schriftzeichnen — Projektionslehre — Architekturzeichnen — Gipszeichnen — Ornamentales und figürliches Modelliren — Zeichnen nach dem Leben (Alt und Kopf) — Anatomie — Stillgeschichte. Schüler-Aufnahme vom 22. bis 28. September er. (von 9-2 Uhr). Das Schulgeld für die Volksschüler im ersten Jahre 108 M., im zweiten Jahre 60 M., im dritten Jahre 30 M.

Zur Erleichterung der Verladung von Fahrrädern, welche mit der Eisenbahn befördert werden sollen, sind jetzt auf den Bahnhöfen der Vorortstationen transportable Fahrradständer aufgestellt worden, in denen je zehn Maschinen untergebracht werden können. Diese Maßregel, welche infolge der am 1. September dieses Jahres eingeführten neuen Verordnung über die Beförderung von Fahrrädern mit der Eisenbahn angeordnet worden ist, bringt den Radlern insofern eine Erleichterung, als sie nach Lösung des Gepäckheimes für das Rad dieses, sobald sie auf dem Bahnhöfe angelangt sind, einem Beamten behufs Unterbringung in dem Ständer übergeben und sich nach dem Einlaufen des Zuges sofort nach einem Platz in den Koupees umsehen können, während die Räder auf dem schnellsten Wege durch Beamte aus dem Ständer in den Gepäckwagen gehoben werden. Die Radler haben also für die 50 Pfennige, die sie von jetzt ab für die Beförderung ihres Rades zahlen müssen, wenigstens den Vortheil, daß sie nicht mehr wie früher mit ihrer Maschine vor dem Gepäckwagen auf die Verladung zu warten und sich nicht erst im letzten Augenblicke in fliegender Hast einen Platz in irgend einem Koupee zu suchen brauchen.

Das Preisgericht der Ausstellung für verbesserte Frauenkleidung machte gestern Nachmittag das Ergebnis seiner Arbeit bekannt. In Vertretung des ersten Vorsitzenden des Richterkollegiums, Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Kubner, vertritt die Prof. Euler die Auszeichnungen. Es erhielten goldene Medaillen: Karl Dahms-Berlin, die Invaliditäts- und Altersversicherungskasse Berlin, Frau Marie Haase-Berlin, Frau Marie Herder-Berlin, Heinrich Jordan-Berlin, Kurzhaus u. Wellhausen-Weiz, Dr. med. Luze-Berlin, G. Maquet-Heidelberg-Berlin, Moosdorf u. Hochhäuser-Berlin, Frau Alara Richter-Berlin, E. Schiller-Berlin, M. Steiner u. Seign-Berlin und Westphal u. Reinhold-Berlin. Die silbernen Medaillen wurden zuerkannt dem Bazar Ründerg-Berlin, dem Berliner Hausfrauen-Verein, Karl Brand-Berlin, Frau Marie Drude, Ernst Götting-Berlin, Frau Agnes Heider-Griebel-Berlin, Dr. Graf u. Co. Berlin, Groterjahn (Mündener Malzbräuerei)-Berlin, A. Jaedel's Patent-Möbelfabrik-Berlin, H. Klotz u. Co.-Berlin, Max Mühl-Berlin, Koch u. Eichenauer-Gießen, Th. Lindner-Berlin, Franz Lippert-Berlin, L. Rodenburg-Rach-Berlin, M. Pösch-Berlin, L. Roth u. Co.-Hamburg, Karl Roth-Berlin, St. Sack-Berlin, J. Schwarz-Berlin, F. C. Strubberg-Frankfurt a. M., Dr. Theinhardt's Nährmittel-Gesellschaft-Darmstadt und Max Voigt's Brauhaus-Berlin. Außerdem wurden noch 26 ehrende Anerkennungen vertheilt.

Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen hat jetzt der städtischen Verkehrsdeputation einen Entwurf zum Verträge über den Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn, die von Treptow (vom Tunnelausgange) über Niederschöneweide nach Johannisthal und Oberschöneweide führen soll, zur Genehmigung unterbreitet.

Um den Transport der Gefangenen vom Stadtvoigtgefängnis am Rollenmarkt nach dem neuerbauten Gefängnis in Zehlitz mittels Straßenbahn bewirken zu können, ist die Herstellung einer Abzweigung von den Stammgleisen der Großen Berliner Straßenbahn auf dem Rollenmarkt nach dem Stadtvoigtgefängnis erforderlich. Die zuständige Behörde hat bei der städtischen Verkehrsdeputation die Genehmigung zu dieser Anlage nachgesucht.

Falsche Fünf-Markstücke sind dieser Tage hier aufgetaucht und angehalten worden. Die Falschstücke tragen die Jahreszahl „1898“, sind württembergischen Gepräges und, um sie unauffällig absetzen zu können, künstlich des Neuglanzes beraubt. Da die Prägung vorzüglich ist, auch die Umrisse scharf abgegrenzt sind, kann man die Falschstücke nur am matten Klang erkennen.

Die Untersuchung gegen die Anfangs d. M. auf der Station „Grünevald“ verhafteten Eisenbahnbeamten, die beschuldigt sind, fortgesetzt Eisenbahnposten zu haben, nimmt einen großen Umfang an. In die Affäre sind bis jetzt ein Hüfs-Rangirermeister, drei Rangierer, zwei Kammerer, ein Nachwächter und ein Weichensteller verwickelt. Die Beschuldigten haben bisher noch kein Geständnis abgelegt, sie beizichtigen sich vielmehr gegenseitig. Für den verhafteten Weichensteller hat Rechtsanwalt Dr. Schwinde bereits einen umfangreichen Entlastungsbeleg angeboten.

Der Selbstmord des Pianofabrikanten Reinhold Pfloß aus der Proslanerstraße wird im Osten der Stadt viel besprochen. Pfloß war früher Mitinhaber der Firma Pfloß u. Brill, einer Klavierfabrik in der Frankfurter Allee. Dieses Geschäft geriet, nachdem es längere Zeit bestanden hatte, in Konkurs und wurde dann in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt, und zwar unter der Firma Wagener u. Komp. Pfloß und Brill blieben als Mitinhaber und technische Leiter darin. Letzte Oftern aber schied Pfloß aus, nach seiner Behauptung, die er in einer Klage gegen die übrigen Inhaber aufstellte, weil man ihn an dem jetzt blühenden Geschäft nicht mehr theilnehmen lassen, nach der Darstellung der Gegenpartei, weil er seine Einlage zu hoch angegeben und damit Schiebung gemacht habe. Thatsache ist jedenfalls, daß Pfloß zu Oftern entlassen wurde, und daß ihm seitdem das Betreten der Fabrik verboten war. Der Umstand, daß er sich nun in einer anderen Fabrik nach Beschäftigung umsehen möchte, und mehr wohl noch der, daß man wegen der behaupteten Schiebung der Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht hatte, machte den erst 37 Jahre alten Mann fahnenflüchtig. Gestern nachmittag um 6 Uhr fand man ihn in seiner Wohnung erhängt auf. Ein Gastwirth, den die unglückliche Mutter herbeirief, schüt die Leiche ab.

Der verfolgte Sportsman. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße erschien Montag Abend ein Gerichtsbeamter in Begleitung mehrerer Serven und hielt einen etwa 22-jährigen Mann an, der augenscheinlich

Nach im Begriff stand, eine größere Reise anzutreten. Der Gerichts- vollzieher nahm ihm Uhr und Steife ab und beschlagnahmte drei Fahrräder, welche bei der Gepäcksabfertigung aufgegeben worden sollten. Dem Vernehmen nach ist der Gepäcksbote ein Radfahrer, welcher nach Berlin gekommen war, um am den 24-Stunden-Rennen teilzunehmen, jedoch nicht gestartet war.

Mit auhergewöhnlicher Frechheit ist in der gestrigen Nacht in dem Hause Große Frankfurterstraße Nr. 16 neben der Wache des 41. Polizeiregiments ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Die Diebe zertrümmerten das Schaufenster der Herren-Konfektionsfirma W. S. Sohn und eigneten sich den größten Theil ausgelegter Anzüge an.

Straßensperrung. Das Hallesche Ufer von der Großbeeren- bis zur Königsgrabenstraße wird zum Zweck der Macadam-Pflasterung vom 15. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke, und Reiter gesperrt.

Die Modistin Fräulein Schattauer, welche anfangs August verhaftet wurde, weil sie angeblich ein Attentat auf den Post- assistenten Adolf Blauer begangen hatten sollte, theilt uns mit, daß sie von ärztlicher Seite auf ihren Geisteszustand untersucht und für geistig gesund befunden worden ist; unsere gegentheilige Nachricht beruhte also auf einem Irrthum.

Feuerbericht. Zwei Fehlofenbrände nahen Dienstag früh 5 Uhr gleichzeitig auf dem Nordbahnhof und dem Lehrter Güterbahnhof abgelöst wurden. Ein dritter Fehlofenbrand erfolgte einige Stunden später Krautstr. 31 im Keller. Montag Abend 11 Uhr war Regierstr. 41 ein gefährlicher Ladenbrand abzulösen. Der größte Theil des aus Posaamentierwaren bestehenden Ladensinhaltes wurde eingestürzt oder durch Wasser beschädigt, so daß der Verlust bedeutend ist. Kurz vorher war Kaybachstr. 2 altes Bauholz in Brand gerathen. Die Explosion einer Petroleumlampe verursachte Alarm nach Reinoldendorferstraße, während Plottwellstr. 14 ein Wohnungsbrand abzulösen war, der Möbel und Gardinen beschädigte. Brennendes Stroh bezw. Gras veranlaßte ein Ausrücken der Wehr nach Tilsiterstr. 78 und nach der Eberswalderstraße. Dienstag Nachmittag brannten Stephanstr. 9 Lampen.

Der große Fleck, der sich seit dem 2. September auf der Sonne gebildet hat, ist am Sonntag am Meisenferro in Dreptow Gegenstand der Vorführung gewesen. Der Fleck, der zu jeder Zeit schon wegen seiner Größe Aufsehen erregen würde — gegenwärtig nach seiner vollen Ausbildung beträgt sein Durchmesser nach den Angaben des Direktors Kruchenold etwa 90 000 Meilen — mußte gerade jetzt die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf sich ziehen, weil die Sonne augenblicklich sonst fast fleckenlos ist. Ueber die eigentliche Bedeutung und Ursache der Sonnenflecke sind ja die Alten noch immer nicht geschlossen, trotzdem sie bereits andauernd seit 289 Jahren beobachtet werden; dagegen ist mit ziemlicher Sicherheit festgestellt, daß ihre Anzahl und Wichtigkeit in periodischen Zwischenräumen zu- und abnimmt. In einem Zeitraum von 10—11 Jahren fällt stets ein Minimum und ein Maximum von Flecken; die Kräfte auf der Sonne — denn von wilden, stürmischen Bewegungen in den Gas- massen der Sonne legen die Flecke jedenfalls Zeugniß ab — schwanken also, wenn auch aus noch unbelannten Gründen, auf und nieder. Das letzte Fleckenminimum hatten wir um die Mitte des Jahres 1889 zu verzeichnen, wo die Sonne monatelang glänzend rein am Himmel prangte; dann nahm die Thätigkeit der fleckenbildenden Kräfte wieder zu und erreichte zu Anfang 1894 ein Maximum, worauf sie jetzt wieder in der Abnahme begriffen ist.

Zu dem Streben, unbekannt Dinge mit einander zu verbinden, suchte man die Flecken mit mancherlei irdischen Erscheinungen in Zusammenhang zu bringen; so sollten sie hervorragenden Einfluß auf das Wetter ausüben und die größere oder geringere Fruchtbarkeit einzelner Jahre verursachen, so daß die Getreidepreise in regelmäßiger Weise fallen und steigen sollten, je nach dem mehr oder weniger Flecken sich zeigten. Auch jetzt hörte man wieder mehrfach die Vermuthung auftauchen, daß unser warmes Septembertemperament durch den neuen, großen Fleck verursacht sei. Das sind jedoch ganz haltlose Behauptungen; in anderen Gegenden, in England oder Amerika oder Indien, wo vielleicht die erste Septembervälte durch Kälte und kalte ausgezeichnet war, hat der Sonnenfleck kaum wahrscheinlich den Regen verursacht.

Ohne Einfluß auf irdische Zustände sind aber die Sonnenflecke keineswegs; schon vor 45 Jahren wurde man darauf aufmerksam, daß die Erscheinungen des Erdmagnetismus und die Nordlichter, die ja in einem engen Zusammenhang stehen müssen, auch mit den Sonnenflecken einen nahen Zusammenhang verrathen. In überraschender Weise ist dies auch beim jetzigen großen Sonnenflecke wieder hervorgetreten; denn am vorigen Freitag, als der Fleck etwa in der Mitte der Sonnenscheibe stand, erschien plötzlich ein prächtiges Nordlicht am Himmel, das auch in Berlin, ein sehr seltener Fall, sichtbar war. In Dreptow war das Nordlicht aufmerksam beobachtet worden und Herr Direktor Kruchenold wies in seinem Vortrage auf den Zusammenhang, den es aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem großen Sonnenfleck hatte, nachdrücklich hin.

Im Friedrich Wilhelmstädtschen Theater brillirte der Verwandlungskünstler Fregoli am Montag Abend in einigen neuen Rollen. Das Publikum kommt aus dem Erstaunen über die Schnelligkeit, mit welcher der Künstler seine Garderobe und Maske wechselt, um in ein und demselben Stück drei, vier, auch fünf Personen zur Darstellung zu bringen, gar nicht heraus. Und dabei fällt sein Repertoire den ganzen Abend aus und immer tritt er uns als handelnde Person entgegen. Aber nicht nur als Schauspieler, sondern auch als Clown, Tänzer, Jamborer und was der Kunst mehr sind, können wir ihn in seinem „Comalconte“ bewundern. Dabei hat er um seine Kunst keineswegs den Schleiher des Wehennisses gewoben, denn wir erhielten durch mehrere Bilder des Biografen, den er „Fregoligraph“ genannt hat, Einblick in die Umwandlung, die hinter den Kulissen mit ihm vorgeht. Seine drei Geistes, die im wahren Sinne des Wortes über ihn herfallen, sobald er in ihr Bereich kommt, um ihn im nächsten Augenblick neu auszustatten wieder auf die Bühne zu stoßen, kamen in launiger Weise durch die lebenden Bilder des Apparats zur Darstellung und so ergötzte diese Szenen recht herzlich das zahl- reiche Publikum.

Aus den Nachbarorten.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Stralau, Dummels- burg und Umgebung hält heute Abend 8 1/2 Uhr bei Gurck in Stralau eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Paul Hirsch über die sozialen Ursachen der Verbrechen einen Vortrag halten wird. Die Parteigenossen werden zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung aufgefordert. Der Vorstand.

Ein großes Feuer, bei dem mehrere Menschen in Lebens- gefahr kamen, wüthete in der Nacht zum Dienstag in Potsdam in dem dem Vitualienhändler Bleichstein gehörigen Hause Heiliggeist- straße 5. Das Feuer war bald nach 10 Uhr ausgebrochen, die Schuld daran soll, nach Erzählungen der Hausbewohner, der dort wohnende Fährmann Nagel tragen, der in der Trunkenheit eine brennende Petroleumlampe umwarf. Im Innern des Hauses entwickelte sich ein starker Qualm, die Feuerwehre er- schienen erst nach einer halben Stunde an der Brandstätte. Inzwischen erlösten aus dem brennenden Hause gellende Hilferufe. Dort waren Nagel, der Straßenreinigungsarbeiter Klauwe nebst Frau und eine hochbetagte Wittve sah durch den Qualm von der Treppe abgestürzt. Mannschaften vom Regiment der Garde du Corps und Zivilpersonen versuchten, sie mit Hilfe von Leitern zu retten. Die Leitern erwiesen sich aber als zu kurz, so daß es nur mit großer Mühe gelang, Nagel und seine Frau zu retten. Die Rettung der Wittve sah nißlang infolgedessen, als sie, während ein Garde du Corps ihr die Hand reichte, das Gleichgewicht verlor und auf die Straße stürzte. Sie wurde mit schweren Verletzungen in das städtische Krankenhaus gebracht. Das Klauwe'sche Ehepaar, das, um nicht im Rauch zu erstickn, das Fensterbrett erlöset hatte, wurde von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht. Das Feuer, das schließlich den ganzen Dachstuhl einäscherte, konnte nur durch die an-

gestrengste Thätigkeit der Feuerwehr, von einem Uebergreifen auf die Nachbargebäude abgehalten werden.

Der unthunliche Räuber Handelsmann Puhlmann aus Treuenbriegen, der am Sonntag vor acht Tagen auf der Chaussee zwischen Beelitz und Treuenbriegen den Berliner Radfahrer Mechaniker Köpfer vom Rad herabschob, ist der „Potsd. Corr.“ zufolge Ende voriger Woche in der Stadthalle bei Beelitz gefangen worden. In seiner Gefangenschaft befand sich der Musikus Heise aus Werber a. S., der vor einigen Wochen aus dem dortigen Gefängniß, wo er wegen wiederholten schweren Diebstahls saß, ausgebrochen war und sich seitdem umhertreibt. Man glaubt, daß Heise der Helfer des Puhlmann bei dem Ueberfall auf den Radfahrer gewesen ist. Am Sonntag wurde die Stadthalle durch Höcker und Gendarmen nach den Ver- brechern abgejagt, doch ohne Erfolg.

Der Amtsvorsteher von Tegel theilt mit: Die Zufahrts- straße von dem Endpunkte der Chaussee am Berlin-Spandauer Schiff- fahrtskanal nach dem Etablissement's Saathwinkel und Blumeshof soll vom 12. d. Mts. ab auf 14 Tage gesperrt werden behufs Aus- führung des Ausbaues. Während der Zeit ist von Dasehorst (Wald- schlößchen) aus ein Waldweg bis Saathwinkel zu benutzen.

Gerichts- Zeitung.

Erörterungen über Bedeutung, Wesen und Tragweite des § 153 der Gewerbe-Ordnung (Nöthigung zur Theilnahme an einem Streik) hat das Reichsgericht in einem Falle angefaßt, in welchem bei einem Maurerstreik ein Maurer durch eine drohende Bemerkung zwar nicht einen Berufsgegenossen, wohl aber einen ein- fachen Arbeiter zur Einstellung der Arbeit bewogen hatte. Er war deshalb aus § 153 der Gewerbe-Ordnung verurtheilt worden, welcher Gefängniß bis zu drei Monaten androht, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt. Die Revision des Angeklagten machte dagegen geltend, daß, wenn der § 153 von „Anderen“ spricht, die durch Drohungen zc. zur Theilnahme an Streik-Verabredungen bestimmt werden sollen, unter diesen „Anderen“ nur die Berufsgegenossen der im Streit Befindlichen zu verstehen seien. Das Reichsgericht hat diese Ansicht für falsch erklärt und dagegen folgende Ausführungen gemacht: „Durch die Bestimmung des § 152 der Gewerbe-Ordnung wird den Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern das Recht der Koalition eingeräumt und ihnen freie Hand gelassen, beliebige Mittel — wenn sie nicht schon an und für sich gegen ein Strafgesetz ver- stoßen oder im § 153 unter Strafe gestellt sind — anzuwenden zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Unter diesen Beschränkungen darf daher auch auf dritte Personen eingewirkt werden und oft können Handlungen und Unterlassungen von Per- sonen, die nicht zu den koalierten Berufsgegenossen gehören, für die Herbeiführung des von der Koalition erstrebten Erfolges von der größten Bedeutung sein. Der § 153 setzt nun der gewährten Freiheit in der Auswahl der Mittel eine gar nicht zweifelhafte Schranke. Der § 153 spricht ohne jeden Unter- schied von „Anderen“, auf welche eingewirkt wird, bedroht Jeden, der der Vorschrift zuwiderhandelt, mit Strafe und bringt ungewöhnlich zum Ausdruck, daß Niemand, weder ein Berufs- genosse, noch irgend eine andere Person, in seiner freien Willens- entschließung, solchen Verabredungen Folge zu leisten oder nicht, durch Anwendung körperlichen Zwanges, Drohungen, Ehrverletzung oder durch Verunsicherung beeinträchtigt werden darf und daß Jeder, sei es ein Berufsgegenosse, sei es ein Dritter, der dieser Vor- schrift zuwiderhandelt, der im § 153 angedrohten Strafe verfallt.“ Das Reichsgericht saherte für seine Auffassung die Entstehungs- geschichte des Gesetzes und die Motive des Entwurfs der Gewerbe- Ordnung vom 21. Juni 1869 ins Feld. Bei der zweiten Beratung der Gewerbe-Ordnung wurde in dem Reichstage von dem Abg. Schulze die Streichung des § 109 des Entwurfs (§ 153 des Ge- setzes) beantragt. Der Abg. Lasker machte jedoch geltend, daß dieser Paragraph ein notwendiges Korrektiv zu den vorhergehenden sei. Es bestehe kein Land, wo die Vereinigungen der Arbeiter frei gegeben seien, in welchen nicht durch widerrechtlichen Zwang des nicht theilnehmenden Arbeitern der größte Schaden zugefügt werde. Wenn man die Freiheit der Vereinigung proklamirte, so sei sie zu proklamiren auch für diejenigen, welche sich dieser Vereinigung nicht fügen wollten; sonst würde in Wirklichkeit die Freiheit der Ver- einigung in Vereinigungszwang umgewandelt werden. Darauf wurde der § 109 des Entwurfs (§ 153 des Gesetzes) unverändert angenommen und demselben auch in dritter Lesung, nachdem nochmals die Streichung beantragt war, zugestimmt. In dem Entwurfe der Ge- werbenovelle von 1891 war eine Verschärfung der Strafbestimmung des § 153 vorgeesehen; sie wurde von dem Reichstage abgelehnt. Hiernach sind die geltend gemachten Faktoren davon auszugehen, daß gewissermaßen die Freiheit der Vereinigung durch die Strafbestimmung des § 153 der Freiheit der Willensentschließung ein wirksamer Schutz gewährt werden sollte und es wird nirgends angedeutet, daß nur ein be- stimmter Personenkreis solchen Schutzes bedürftig und durch jene Strafbestimmung vor Verletzung zu bewahren sei.

Wiederum stand gestern ein Mitglied des Anwaltsstandes, der Rechtsanwalt Kurt Busse, vor der zweiten Ferien- Straf- kammer des Landgerichts I. Es wurden ihm wiederholte Unter- schlagungen, verbunden mit Untreue in zwei Fällen, zur Last gelegt. Der Angeklagte war im vollen Umfange geständig, so daß jede Weisungsaufnahme erübrigte. Aus der Vernehmung des Angeklagten ging hervor, daß derselbe in unterantworlicher Weise gewirthschaftet hatte. Er hatte nur eine geringe Praxis; wie er angab, brachte sie ihm etwa 6 bis 7000 Mark jährlich ein. Davon hatte er aber die Bureaukosten zu bestreiten, die Miete verhältniß- mäßig ein Bedeutendes, so daß ihm für seinen persönlichen und den Unterhalt seiner Frau und zwei Kinder nur etwa 2000 M. übrig blieben. Sein Unglück sei gewesen, daß er eine floite Studienzeit hinter sich habe. Er sei aber in Lässigkeiten gewesen und habe dort viele Schulden gemacht, welche in der rückständigsten Weise gegen ihn eingetrieben worden seien, nachdem er sich als Anwalt niedergelassen habe. Es seien zunächst keine Beträge gewesen, welche er, anstatt sie an die Mandanten abzuführen, für sich verbraucht habe. Die höchsten der von ihm unterschlagenen Summen betragen reichlich 300 M. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rede, hielt dem Angeklagten vor, daß er überhaupt nur eine Kasse gehabt habe und zwar sein Portemonnaie. Allerdings sei ein Kassabuch bei ihm vorgefunden worden, es sei aber ein „tolles Kassabuch“ gewesen. Der Angeklagte habe die Mandanten, denen er Geld abgeholt hatte, in der schändlichsten Weise hingehalten, obgleich dieselben sich selbst in der größten Noth befunden hätten. Der Angeklagte wandte ein, daß der von ihm angerichtete Schaden in den meisten Fällen nachträglich gedeckt worden sei.

Staatsanwalt Börmann verkannte nicht, daß der Angeklagte sich in einer gewissen Nothlage befunden habe und dadurch zu der leicht- sinnigen Auffassung seiner Pflichten als Anwalt gelangt sei. Dies sei aber der einzige mildere Gesichtspunkt, der dem Angeklagten zu gute gerechnet werden könne. Erschwerend falle ins Gewicht, daß der Angeklagte nicht nur dem ehrenwerthen Anwaltsstande schweren Schaden zugefügt, sondern auch dem Ansehen der Justiz schwere Wunden geschlagen habe. Er beantrage gegen ihn eine Gefängnißstrafe von einem Jahre sechs Monaten, sowie dreijährigen Ehrverlust. Die Verteidigung pläbirte für ein niedrigeres Strafmaß. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängniß und nahm mit Rücksicht darauf, daß er durch Noth auf die schiefste Ebene gedrängt worden sei, davon Abstand, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abzu- sprechen. Es wurden zwei Monate durch die erlittene Unterjuchungs- haft in Abrechnung gebracht und in anbetragt des Urtheils, daß der Angeklagte demnach einen Familienzuwachs zu erwarten hat, wurde seinem Antrage auf Haftentlassung stattgegeben.

Der Hofzug kommt! Das große Eisenbahn-Unglück auf dem Spandauer Güterbahnhof vom 30. November v. J. beschäftigte gestern in dieselbständiger Sitzung die erste Ferien- Strafkammer am Landgericht II. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember früh gegen 6 Uhr 45 Minuten fuhr der von Stendal kommende

Güterzug Nr. 801 auf den Personenzug Nr. 20, der auf dem Spandauer Güterbahnhof hielt, von hinten auf. Die Maschine des Güterzuges wurde schwer beschädigt, der Personenzug wurde zer- rissen, die letzten beiden Wagen 4. Klasse wurden zertrümmert und 19 Personen mehr oder minder erheblich verletzt, von denen neun nach einem Krankenhause befördert werden mußten, die letzten von diesen wurden am 16. Dezember als geheilt entlassen. Diesen recht erheblichen Unfall soll der dienstführende Stationsassistent Wilhelm Ludwig Lemke durch Abgabe eines falschen Signals verschuldet haben, weshalb er sich wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes und wegen fahrlässiger Körperverletzung in 19 Fällen zu verantworten hatte. Der Angeklagte, dem Rechtsanwalt Dr. Halle als Verteidiger zur Seite stand, bestritt jedes Verschulden seinerseits und gab folgende Darstellung des Sachverhalts: Am dem verhängnißvollen Morgen waren die beidenzüge, Personenzug 20 und Güterzug 801, auf dem Güterbahnhof, wo er Dienst hatte, zu erwarten. Er gab nach der vorliegenden Blockbude II den Auftrag, den Personenzug, falls derselbe pünktlich eintreffe, vorzuziehen und bis zum Signalmast O. vorrücken zu lassen. Ehe dieser Befehl ausgeführt wurde, traf die Meldung ein, daß von Seegefeld der Hofzug mit dem Prinzen Heinrich von Preußen abgehen werden sei. Da nach der Instruktion Hofzüge unter allen Umständen vorgezogen werden müssen, habe er zu überlegen gehabt, ob der Personenzug nach vor dem Hofzuge Spandau erreichen könne, ohne daß der letztere auf- gehalten würde. Er habe dies für unmöglich gehalten und deshalb habe er dem Personenzuge auf dem Güterbahnhofe „Halt“ gegeben. Der Hofzug habe dem auch freie Fahrt gehabt, aber dadurch, daß derselbe eine Minute früher gemeldet wurde und daß derselbe alsdann mit einer noch nicht dagewesenen Langsamkeit die Strecke passirte, seien alle sonstigen Dispositionen durchkreuzt worden. Der Personenzug habe nicht eher abgelassen werden können, als bis aus Spandau die Meldung eintraf, daß der Hofzug die Station passirt hätte. Infolge des langsamenfahrens des Hofzuges sei diese Meldung später als wie zu erwarten gewesen eingetroffen. Inzwischen war aber von Dallgow der Zug 801 abgelassen worden. Derselbe hätte zwar vor der Blockbude II halten müssen, aber diese Blockstation habe dem Güterzuge freie Fahrt gegeben. So sei der Güterzug in den Güter- bahnhof ein- und auf den Personenzug aufgelassen. Er habe der Blockstation nicht den Auftrag gegeben, dem Güterzuge freie Fahrt zu geben und wenn diese das entsprechende Signal erhalten habe, so könne dies nur auf eine Störung des elektrischen Block- apparates in Folge elementarer Einflüsse zurückzuführen sein. Der Staatsanwalt brachte nur eine Woche Gefängniß in Antrag, Rechtsanwalt Dr. Guth plädirte im Prinzip auf Frei- sprechung, da schimmigen Falles ein entschuldigbares Versehen vor- liege, das nicht als Willkürverletzung aufzufassen sei. Eventualiter bat der Verteidiger um Verhängung einer Geldstrafe wegen fahr- lässiger Körperverletzung. Der Gerichtshof saherte den Unfall darauf zurück, daß sich der Angeklagte in einer Tasse des Apparates ver- griffen habe. Er sei durch die Expedition des Hofzuges allerletzt und verwirrt worden. In seinem Dienstesver und seiner Verwirrung und Aufregung sei ihm der Mißgriff passirt. Ein solches Vergehen unter solchen Umständen sei nicht als eine Verletzung der Dienstpflicht noch weniger aber als fahrlässigkeit anzusehen und deshalb sei der An- geklagte freizusprechen.

Versammlungen.

Berichtigung. In Nr. 212 des „Vorwärts“ vom 11. Septbr. heißt es im Versammlungsbericht der Posamentierer: Berger verliest sodann einen Brief, der einen Ueberblick über die Arbeitsverhältnisse der Firma Heßler gestattet, wonach für Hausarbeit 6 M., für Werk- staltarbeit 8—12 M., in Ausnahmefällen 15 M. gezahlt werden. So der Bericht. Es muß dem Berichterstatter entgangen sein, daß die Lohnverhältnisse auf die Filiale, welche sich in Buchholz in S a d s e n befindet, bezug hatten; das Hauptgeschäft befindet sich in Berlin.

Im Verein der Blätterinnen referirte am 8. September der Vorsitzende über die miffliche Lage im Beruf. Redner kritisirte be- sonders die niederen Löhne und die schlechte Behandlung in den Webefabriken. Er forderte deshalb zur eifrigen Agitation für den Verein auf, der es sich zur Aufgabe gestellt habe, gegen diese Miß- stände einzuschreiten.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Oeffentliche Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Straußmann, Kommissarstr. 27.

Vandemannschaft der Zalkowig-Holsteiner. Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: Vortrag des prakt. Natur- heilwunders Gumbmann.

Deutsche Friedensgesellschaft. Abends 8 1/2 Uhr: im Bürgerloale des Rathhauses. Vortrag des Dr. Venzl: Die nächsten Aufgaben der Friedensbewegung.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 14. September 1895. Ein wenig wärmer, theils heiter, theils wolfig mit etwas Regen und schwachen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Hierdurch allen Freunden und Be- kannten zur Nachricht, daß mein Kollege, **Georg Heise,** am Sonntag verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, 4 1/2 Uhr, von Berlin aus, statt. Sein Kollege H. Lasker hat B. Memmert u. Co.

Buske's Säle, Grenadierstr. 33. Empfehlung meine schönen Säle, große und kleine Vereinszimmer mit und ohne Piano. 59702

Achtung, Vereine. Oktober und November nach Sonntag abends frei im Saal zu 300 Personen.

Engl. Garten, Alexander- strasse 27c. Achtung! Feldschlößchen, Mählerröhre 142. 57300

Vereinszimmer frei, geräumt, mit Piano. Simonstr. 23, Flick.

Chorner Vereinshaus empf. 1. Vereins- f. einige Tage 1. d. Woche, 30—40 Pers. saß, m. Piano. Für gute Speis. u. Getr. ist gesorgt. 9030

J. Rjeske, Chornerstr. 55. Mitglied des Klubs „Vörsingia“.

Berlin, Ressource 57 Kommandantenstr. 57. Sonntag, 9. Oktober, u. Sonnabend, 15. Oktbr. frei geworden.

Vereinszimmer, voll für Vereins- zimmer, verein noch ein- Tage frei. Schönhauser Allee 30. Verei 1 monatige Stube 3 J. Oktbr. für 7 M. zu verm. Rottdorfer Ufer 24 II.

5 1/4 Bld. Brot 50 Pfg. H. Albrecht's Backerei, Wangenstr. 9, Krautstr. 19, Falkenstr. 28, Lausthorstr. 2.

Fellenhuerei, 9216 gutgeheute, umhänheblicher billig zu verkaufen. Kottbus, Klosterstr. 44.

Arbeitsmarkt. Grübe Kartonarbeiterinnen werden sofort verlangt 9206

Georg Heise, Waldemarstr. 51.

Tüchtige Spanner auf Draht- putzerei werden bei hohem Lohn sofort eingestellt. 59970

Roswan & Krauer, Potsdamerstr. 119.

Barbierlehrling verlangt Rudolf Haack, Reu- Weidenstr. 137. 9246

Die Beerdigung, die bei der Frau **Groth,** Zwinnmünderstr. 68, zu- gefügt habe, nehme ich zurück. 925

Plätterinnen auf geschweifte Umlegebogen u. Manschetten in und außer dem Hause sucht **H. Treppe,** Sadowhauser Allee 167a, Badstr. 14.

Plätterinnen verlangt Dampfwascherei „Ostend“, Blumenstr. 30.

Lehrmädchen, 12 Jhr. Verdingung, sucht Blumen- fabrik Reu in u. Reu feld, Ritter- straße 45. 9086

Stuckateur. Ein tüchtiger Werkstätt-Arbeiter, Former und Gießer, sucht Beschäfti- gung. Tagelohn 4,50—5,50 Mark. Schriftl. Einsendung an Detonations- bildender Guss-Gieß. Berg. Gießerei- gabe 91. Kottbusger Str. 9109

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 14. Septbr.:
Opernhaus, Lantshäuser, Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Doktor Klaus, Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Cocoon von Bergerac, Anfang 7 1/2 Uhr.
Essing, Im weißen Rössl, Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner, Was ihr wollt, Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues, Tartuffe, Anfang 7 1/2 Uhr.
Neuburg, Frühlingsschwärze, Hierauf: Eiferhüt, Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol, Das Paradies der Frauen, Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller, Dancet, Anfang 8 Uhr.
Central, Die Weibh. Anf. 7 1/2 Uhr.
Velle, Alliance, Ueber Land und Meer, Anfang 8 Uhr.
Oleud, Schlung sel. Wwe, Anfang 7 1/2 Uhr.
Lilien, Seine Puppe, Anf. 8 Uhr.
Friedrich, Wilhelmstädisches.
Propoli, Fregoli (Benoandlungs- fassler), Camaleonte, Eldorado, Zum Schluss: Fregoligraph, Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz, Demi - Ronde, Anfang 8 Uhr.
Urania, Taubenstraße 48-49, Rotstündliche Auffstellung, Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/52, Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo, Spezialitäten - Vorstellung, Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen, Spezialitäten - Vorstellung, Anfang 7 Uhr.
Passage - Panopticum, Spezialitäten - Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch:
Hamlet.
Donnerstag:
Der Geizige.
Freitag:
Der politische Rannegieher.
Metropol-Theater.
Bergstr. 55-57.
Direktor: Rich. Schultz.
Theater-Telephon Amt I. Nr. 378.
Kassentelephon Amt I. 2120.
Novität, zum 12. Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Gr. Aufstellungspose mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern nach Blum u. Todt's 'Madame Satan' von Jul. Freund, Musik von Jul. Gindshofer u. Bertr. Sänger. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schulz. Der choreographische Teil v. Balletmeister Louis Gundlach. Im 2. Bilde: Ballet u. Die Moden des Jahrhunderts. (50 Damen.) Im 6. Bilde: Eva's Vermählung, großes Balletbild mit Apothek. (80 Damen.)
Preise der Plätze: Orchesterloge 4,50 M., Parterre 3 M., Gallerie 2 M., Promenoire 1,50 M. Von 9 Uhr ab 1 M.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Das Paradies der Frauen. Restaurant unter Leitung des Hofkellners L. Schaurdt. Konzert der Tscherkessen-Kapelle Petrow.

Reichshallen.
Sonnabend, den 17. Sept.:
Erste Soirée
der beliebtesten
Stettiner Sänger
(Weibel, Vietro, Britton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).
Anfang präzise 8 Uhr.
Kasseneröffnung 5 Uhr. Entree (Saal parterre) 50 Pf., Vorort. 40 Pf., Ausg. Balkon 75 Pf., Balkon Logen 1 M., Orchester-Logen 1 M., 50 Pf., Promenoire-Logen 2 M. Die Tageskasse ist von 11-1 Uhr geöffnet.
Vor der Soirée: Konzert.
Musikalisch-humoristisch-orchestraler Großkonzert - Festprolog von Keyser.
Reichshallen-Restaurant
(vom 17. Septbr. an):
Jed. Abend 8 Uhr: Gr. Konzert des Reichshallen-Orchesters. (Kapellmeister Max Schmitt.)
Vom 18. September an: Täglich **Grosser Mittagstisch.**
Während des Dinners: Konzert des gesamt-Reichshallen-Orchesters.
Restaurations-Chef: Felix Müller.
Küchen-Chef: Fritz Schallier.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Nur noch bis Donnerstag:
Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel
in der erfolgreichen Gesangs-
Bursche
's ist unheimlich!
Dazu das mit großem Beifall
angesehene
Spezialitäten-Programm.
Neu! Carola Carla, Neu!
Primo-Ballerina
und Verwandlungs-Tänzerin.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr.
Entree 50 Pf.
Freitag, den 16. September:
Größtes Aufsehen des ersten
deutschen Original-Bild-Ver-
wandlungs-Schauspieler
Fred Edlawi.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Otto Reutter
Consuelo Tortajada
Les Minstrels Parisiens
und 15 hervorragende Debuts.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang
der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Central-Theater
Direktion: J. Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theat. -
Geschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall.
Musik von Edwin Jones. Deutsch
von G. M. Röhr und Julius Freund.
In Szene gesetzt von J. Ferenczy.
Dirig. Dr. Kapellmeister G. Goldmann.
Kasseneröffnung 1/7 Uhr.
Anfang 1/8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die
Geisha.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu
bedeutend ermäßigten Preisen: Der
Bettelstudent.
Abend - Carl Weiß - Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Novität! Zum 8. Male: Novität!
Schlutz sel. Wwe.
Gesangsdarstellung in 3 Akten
von O. Hansel, bearbeitet v. J. Ditt.
Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
- Vorzugsbillets haben Gültigkeit -
Vorher: Humoristischer Prolog, ge-
sprochen von Carl Weiß.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag Nachm.: Dorf u. Stadt.
Ostend - Theater - Konzert - Garten.
Großes Kinder-Freudensfest.
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konzert.
Anfang 5 1/2 Uhr.
Passagieraus haben Gültigkeit.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matherhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/52:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
**Théâtre-
Variété.**
Ohne
Extra-Entrée,
**Neues
September-
Programm.**
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

**Castan's
Panopticum.**
Major Graf
**Neu!! Walsin-
Esterhazy.**
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Robert und Bertram.
Gosse mit Gesang in 3 Akten
von H. A. B. v. d. r.
Kolon Tanti mit seinen dreifachen
Damen. The 3 Forleys, chinesische
Uccentris. Gehr. Millard, Grotesquer
Quettiphen. Ely Viola, Kofsimondr.
Jan and Jim, Knodchout's. Morloys,
Fata Morgana.
Konzert u. Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

**Volks-Theater im
Welt-Restaurant**
Dresdener-Str. 97.
Täglich: Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung
Neu! Novität! Neu!
Unser Junge.
Voll mit Gesang u. G. T. T. T. T.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 20 Pfennig.
Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kolig.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Mittwoch, den 14. September:
Abchieds - Beuehvorstellung
für den
Gesangs - Humoristen u. Schauspieler
Schorff's Rudolf.
Nur einmalige Aufführung von
Die Tochter d. Hrn. Fabricius
Schauspiel in 3 Akten (4 Bildern)
von A. Weiland.
Vorher: Spezialitäten. Nach der
Vorstellung: Beueh - Familien-
stränzchen. Anf. des Konzerts 6 Uhr,
der Vorstellung 7 Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet er-
gebenst ein
Schorff's Rudolf.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Um den Preis von 300 Mark
Gr. Entscheidungs-Ringkampf
am Mittwoch, 14. September, abends 7 1/2 Uhr,
zwischen dem bisher unbe-
siegt gebliebenen ind. Ring-
kämpfer, dem preisgekrönten Berliner Ring-
kämpfer, dem Schlichter Herrn
Paul Jankowski.
Dauer des Kampfes bis zur Entscheidung!!
CARL HAGENBECK'S INDIEN.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Max Klien's Sommer-Theater,
Gartenstraße 14/15. - Kritischer Leiter: Paul Hilbits.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neues Programm:
Wienecke's Zwerg-Theater. Mackwell, Froshmensch.
Benedetti, Imitator. Edler von Metz, Transformations-
künstler. Bertolotti, Jongleur. Max Grabow, Komiker.
Elsa Rotti, Chansonnette. „Das Täubchen von Quedlin-
burg“, Volksthum mit Gesang.
In den Festtagen:
Grosser Ball.
Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Max Klien.

Achtung! Genossinnen, Genossen! Achtung!
Am Mittwoch, den 14. September, abends 8 Uhr:
Zwei Protest-Versammlungen.
1. Am Kösliner Hof, Köslinerstraße Nr. 8.
Referentin: Genossin Lily Braun.
2. Am Konzerthaus Hanssouri, Kottbusserstr. 4a.
Referentin: Genossin Marie Greifenberg.

Donnerstag, 15. September, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:
Protest-Versammlung.
Referentin: Genossin Klara Zetkin.
Tages-Ordnung in allen 3 Versammlungen:
1. Sollen bei gewerblichen Streitigkeiten nur Männer über Frauen Richter sein? 2. Diskussion.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht (2/1) Die Vertrauensperson.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett,
Humoristen- und
Schauspiel-Ensemble.
Zum Schluss:
Der liebe Onkel.
Lustspiel
in 4 Akten von Rudolf Kneifel.

Schöneberg.
Am Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr, im Saale des
Klubhauses, Hauptstraße Nr. 5/6:
Volksvorversammlung
für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Die Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch hohe
Justizbeamten. Referent Genosse Otto Näher. 2. Diskussion.
3. Stellungnahme zu der im 12. Bezirk stattfindenden Stadtverordneten-
Rathwahl. (200/6) Der Vertrauensmann.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Robert und Bertram.
Gosse mit Gesang in 3 Akten
von H. A. B. v. d. r.
Kolon Tanti mit seinen dreifachen
Damen. The 3 Forleys, chinesische
Uccentris. Gehr. Millard, Grotesquer
Quettiphen. Ely Viola, Kofsimondr.
Jan and Jim, Knodchout's. Morloys,
Fata Morgana.
Konzert u. Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Donnerstag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
für
Westen, Süd-Westen und Schöneberg
im „Königsthor“, Wilsostraße Nr. 37.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Dr. B. Borchardt über: Das Eisen.
Den Mitgliedern geben wir bekannt, daß am Sonntag, den 2., und
Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 9 Uhr, je eine
Sondervorstellung in der „Urania“,
Taubenstr. 48/49,
„Aus grauer Vorzeit“.
Billets zum Preise von 70 Pf. inkl. Garderobe sind im Verbands-
Bureau, Annenstr. 39, I, zu haben.
Bestellungen auf Billets nehmen sämtliche Kassierer entgegen.
113/14 Die Ortsverwaltung.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Mittwoch, den 14. September:
Abchieds - Beuehvorstellung
für den
Gesangs - Humoristen u. Schauspieler
Schorff's Rudolf.
Nur einmalige Aufführung von
Die Tochter d. Hrn. Fabricius
Schauspiel in 3 Akten (4 Bildern)
von A. Weiland.
Vorher: Spezialitäten. Nach der
Vorstellung: Beueh - Familien-
stränzchen. Anf. des Konzerts 6 Uhr,
der Vorstellung 7 Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet er-
gebenst ein
Schorff's Rudolf.

**Verein sozialdemokratischer
Gast- und Schankwirthe Berlins**
und Umgegend.
Am Freitag, den 10. September, nachmittags 5 Uhr,
beim Kollegen Fischer, Reusselstr. 6:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes betreffend die Verbilligung des Gales. Be-
richterstatter Kollege Grauer. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mit-
glieder. 4. Berichtlesen. - Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!
Mittwoch, 14. September, abends 8 Uhr, in Neu-Weissensee,
König-Chaussee und Lederstraßen-Gäß:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Adolph Hoffmann über: „Kampf ums
Dasein“. 2. Diskussion. 3. Berichtlesen.
190/2 Der Einberufer.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

„Hülfe“
für jedermann in Krankheitsfällen
durch baare Geldunterstützung für
außerst billige Monatsbeiträge erhält
man bei der Krankenkasse „Hülfe“.
Berlin SO., Stallstr. 82. I,
am Schlegel'schen Thor.
Agenten allerorts gesucht. 6526
Möbel, Spiegel, Polster-
waren empfehl.
A. Römer, Ritterstraße 2.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M.
Sprochstr. 9-6. Zahnarzt Wolf, Leipzigstr. 22. *

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

8 Jahre Garantie.
Echt Schweizer Fabrikat.
Gold, Silberne Herren-Uhren
von 9 M. an
15 M. an
Goldwaaren und Uhren
kaufen Sie zur Einsegnung etc.
am billigsten direkt in der
Goldwaaren-Industrie
Belmonte & Co.,
Fabrikation moderner goldener
Schmuckgegenstände
mit elektrischem
Kraftbetrieb
Berlin O. König - Strasse 22/24,
neben Gumpert's Conditorei.
Kein Laden,
daher kein Aufschlag für Ladenmiete.
Einzelverkauf zu Original-
preisen nur Hof part. Besichtigen
Sie die Muster - Ausstellung vor
dem Hause Königstrasse 22.
Zur gef. Beachtung! Um
Verwechslungen zu vermeiden,
bemerken wir, dass wir keine
Ladengeschäfte unterhalten,
sondern der Detailverkauf zu
festen Preisen nur Hof part.
stattfindet. Lagerbesuch
höchst lohnend, kein Kaufswang,
jedes Stück wird bereitwilligst
gezeigt. Ueberzeugen Sie sich
daher, bevor Sie Ihren Einkauf
besorgen, von der Realität und
Billigkeit unserer Fabrikate.
Pferdebahn wird, da wir
die Unkosten für Unterhaltung
offener Ladengeschäfte ersparen,
jedem Käufer vergütigt.
Sämtliche Schmuckwaaren,
Uhren etc. sind von den billigsten bis zu dem allerfeinsten
Genre in stets neuestem Muster am Lager.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**
die Leberhölle Herkules tragen.
Allein-Verkauf für Berlin. Diefelbe
ist in schönen praktischen dunkelgrauen
und braunen Streifen edelfarbig ge-
druckt. Eine außerordentlich starke
Baare, sehr feste Kapazität, haltbare
Kleidermaterialien, breite, tiefe Leber-
Hölle-Taschen, ein hohes bequemes
Gesäß, richtig weit gearbeitete Schenkel-
theile verleihen der Hose die grössten
Vorzüge. Der Vordruck ist hinten
und vorn an einem Stück gefertigt,
ein Zeichen der angelegten Hand-
theile ist daher ausgeschlossen. Die
Knöpfe sind fest angeheftet, nicht an-
genäht, so dass dieselben nicht so leicht
abfallen können. Trotz all' dieser
ganz erheblichen Vorzüge kostet die
Hose nur den billigen Preis von
Bei Entnahme von 4 M. 50
6 Stück 26 M.

Verkauft nach auswärts von 20 M.
an franko. - Bei Bestellungen ge-
nügt die Angabe der Bandweite und
der inneren Schrittlänge.
Baer Sohn
Chausseestr. 24a. Brückenstr. II.
Gr. Frankfurterstr. 16.

Berliner Säger
u. Theater-Ensemble Thyl Kallanplogel.
Direktion: Oskar Klein - Gustav Oberg.
10 Damen, 12 Herren, groß. Orchester.
Jeden Montag und Freitag
vom 12. September ab in der
Viktoria-Brauerei.
Jeden Dienstag in der
Actien-
Brauerei Friedrichshain
früher Elyd. am Königsthor.
- Sumo auf Sumo. -
Beginn 7 1/2 Uhr, Billet 75 und 50 Pf.,
Vorverkauf 40 Pf.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich
**Große Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.**
Berliner Wäpfer-Mädchen.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Bens haben Gültigkeit.

Alcazar - Theater
Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Novität! Täglich! Novität!
Die Kiebitze.
Große Ausstattungspose mit
Gesang und Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Meta's Verlobung.
Schon in 1 Akt.
Gesamtaufsehen des durchweg
neueingegirten Künstler- und
Spezialitäten-Personals.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Flora-Säle
1000 Berl. fass. Electr. Beleuchtung.
Bestzer: Bornh. Niesl, Weberstr. 17.
Septemb. bis Dezember
Sonnabende gratis zu vergeben. *

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Elyd.
am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Wagner-Abend
von
Karl Meyder
mit seinem aus 50 Musikern bestehenden Orchester.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sperrst. 30 Pf.
Bei unglücklicher Witterung im großen
3000 Personen fassenden Konzertsaal.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Glas

Einmache-Gläser in 11 Größen
 5, 6, 7, 9, 12, 15, 20, 25, 33, 40, 50 Pf.
 Bierbecher mit Goldrand, Stück 6 Pf.
 Likör-Service, 6 Gläser u. Glas-Tablette, bemalt, 1.30 u. 2.15 Mk.
 Käseglocken, geschliffen 55 Pf. u. 1.15 Mk.
 Bierkrüge mit Deckel, Inhalt 1/3 Ltr. 65 u. 75 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Servierbretter, hell Eiche mit poliert. Rahmen, Länge ca. 45 50 55 60 65 cm
 1.50 1.70 2 2.20 2.50 Mk.
 Tablett, hell Eiche, 1.70 2 2.40 2.90 3.40 Mk.
 Kaffeebretter, vernickelt, oval, rund od. viereckig, 30, 38, 45, 50, 70, 85 Pf.
 Kaffeemühlen, 2 Größen, 1, 1.05 Mk.
 Fleischklopfer, Ahornholz, 17 Pf.
 Rolltischdecken, hell und dunkel gestreift, 60, 70, 80 Pf., 1.10 Mk.

Porzellan

blaues Zwiebelmuster.
 Kaffee Kannen 65 Pf. u. 1.20 Mk.
 Tassen 18 Pf. Kaffeebecher 8, 10, 12 Pf.
 Milchtöpfe 20 und 33 Pf.
 Zuckerdosen 35 u. 55 Pf.
 Vorratsstollen 42 Pf.
 Essig- und Oelflaschen 42 Pf.
 Salz- und Mehlresten 65 Pf.
 Gewürztonnen 18 Pf. Butterdosen 30 Pf.

Emaillé

Wannen, marmor. Länge ca. 40 45 50 55 cm
 1.15 1.45 1.70 2.10 Mk.
 Kasserollen hellblau u. marmor. ca. 16 18 20 22 cm
 45 50 65 75 Pf.
 Schmortöpfe hellblau u. marmor. m. Ring 42 55 65 85 Pf.
 Wasserkessel mit Absatz Durchm. ca. 20 22 cm
 marmor. od. hellblau 1.— 1.15 Mk.
 Schüsseln, weiss Durchm. ca. 30 32 34 36 cm
 35 40 45 55 Pf.
 Schüsseln tief, weiss Durchm. ca. 26 28 30 32 cm
 42 50 55 60 Pf.
 Teller weiss, flach Durchm. ca. 18 20 22 cm
 oder tief 14 15 17 Pf.
 Waschsüsseln weiss u. marmor. mit Napf 38 Pf.

Steingut

Dejeuners, 6 Teile, für 2 Personen, 3 Mk.
 mit Tablette
 Körbchen, verschiedene Formen 50 Pf.
 Durchbroch. Körbchen 60, 70, 80 Pf.
 Nadelschalen 5 Pf.
 Fruchtschalen mit Fuss 60 und 75 Pf.
 Spargelschalen 1.60 Mk.

Wirtschafts-Artikel

Putz- und Wichskasten 45 Pf.
 Stiefelbürsten 42, 55, 80 Pf.
 Auftragbürsten 8 und 10 Pf.
 Schmutzbürsten 10 und 12 Pf.
 Waschbürsten 13 Pf.
 Abstäuber, Wolle mit Holzstiel, 35 Pf.
 Wirtschaftswagen mit emall. Skala 10 15 Kilo
 2.25 2.90 Mk.
 Küchenlampen 8" 50 10" 70 mit Rückwand 80 Pf.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. **Versand-Abteilung.** Preislisten und Proben portofrei. Rosenthalerstr. Oranienstr.

Wilh. Jmrock, Tischlermeister, Möbel-Fabrik bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
 BERLIN S., 77 Alte Jacob-Strasse 77, Grösste Auswahl von Möbeln, Spiegeln und Polsterwaren in gediegener und geschmackvoller Ausführung zu billigsten Preisen. — Gegründet 1863.
 Specialität: Wohnungs-Einrichtungen zu Mark 300 — 346 — 448 — 711 — 1290 — 3000.

SCHUTZ-MARKE
 Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen etc.
 40, 2 St. Export-Weißbier f. 20 St., ohne Wasserzutat.
 50 St. Erstes Exportbier für 20 St., (von welcher Brauerei gewünscht wird).
 40 Flaschen helles Lagerbier für 20 St., (von welcher Brauerei gewünscht wird).
 Abrechnung kann wöchentlich erfolgen. Eis unsonst.
A. Seidler,
 Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
 Schönberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.
 Konstante H. & M. Lewent. Beamten Zahl.-Bed. ohne Anzahl.
 Fernsprecher: Amt IV. 447.

Einsegnungs-Anzüge
 in glatten Sammgarn, Satin, Diagonal und Tuch 12-27 M.
 hocken, 1- und 2reihig.
M. Schulmeister, Schneider-Dresdenerstr. 4 am Koth. Th. meister, Hauptstr. 143, Schönberg.
 Bitte genau auf die Firma zu achten.

Möbel auf Teilzahlung
 und Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung
 und auf Jahre hinaus vertheilten Ratenzahlungen.
 Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht.
 Stets enormes Lager v. einfachst. b. feinst. Genre.
Central-Möbel-Halle 52932
 Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrienstrasse.

Dr. Thompson's Seifenpulver
 ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit.
 Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [58782]
Franz Tutzauer, Brunnenstrasse 152.
 Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
 Verkauf frisch gef. schw. pers. und jun. Fleisches.
 Rindfleisch . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
 Schweinefleisch . . . 40 Pf. [4978L]
 Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Möbel-Kaufhaus
 Die Möbel-Fabrik Neue Schönhauserstrasse 2, zwischen Pläntzstraße und Rosenhaldenstrasse (früher Rosenhaldenstrasse 13) verkauft in den neuerbauten Fabrikhallen Obergebäude und Seitenflügel, erste und zweite Etage, Möbel zu jedem annehmbaren Preise. Auch für weniger Bemittelte halte ich stets Vorrat von einfachen Einrichtungen schon von 150—300 M. Eventuell gebe ich an sichere Leute Ausstattungen gegen Teilzahlungen unter sonstigen Bedingungen, Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapeten- und Dekorationswerkstatt. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte verliedert gewaschen, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Aufbaum- oder Mahagoni-Kleiderpendeln u. Verklappbar 36 Kart. Korridorpendeln 20, Musikschleiergränze 32, Bettstellen mit Matrassen und Kissen 21, französische Kuschelbettstelle mit Sprungfeder-Matrassen und Kissen 48 Mark, Kommoden 16, Spiegel 9, Säulen-Trumeaus 48, Divan mit Sitzauszug 30, Garnituren, Bancellobhas, Salongränze, Kuschelgränze mit Spiegelbüchsen, Ruhebetten, Herren-schreibtische, Teppiche, Garderobenschränke, Büchergränze etc., sowie alle Arten Küchensmöbel. Brautleute erhalten Hochzeitsgeschenk. Beschäftigung meiner ausgedehnten Verkaufsräume, Lichter ohne Kaufzwang jederzeit gestattet und erbeten. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Werkstätte sauber transportirt und aufgestellt, auch nach ausserhalb. 59952

Zur Aussteuer!
Grosse Betten 11, 50 M.
 Kompletter Stand, enthaltend:
 Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen für 11, 13, 16, 19, 22, 25, 28, 31, 34, 37, 40, 43, 46, 49, 52, 55, 58, 61, 64, 67, 70, 73, 76, 79, 82, 85, 88, 91, 94, 97, 100 M.
 Doppeltgereinigte Bettfedern und Daunen von 50 Pf. pro Pfund an bis zu den feinsten Qualitäten.
Bettstellen zu allen Preisen!
R. & S. Moses
 4. Reinickendorferstr. 4, an der Markthalle. 50002

Anzüge nach Maass für Herren u. Knaben
 Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Taggeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Einsegnungs-Anzüge
 in blau u. schwarz Sammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.

Möbelverkauf
 Schönebr. 2, beste Gelegenheit für Brautleute, in meinem grossen Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen schon von 155, 225 bis 400 M., elegante von 500 bis 3000 M. Teilzahlung gestattet. Besonders zu empfehlen die verliedert gewaschen und zurückgelegten Möbel, die als Muster gegibt haben und fast neu sind, die für jeden annehmbaren Preis verkauft werden. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit lagern, werden durch eigenes Werkstätte transportirt und aufgestellt, auch nach ausserhalb.
Herren-Anzüge
 Reine Wolle: 25, 27, 28, 30 M., nach Maass: 33, 35, 37, 39 M. Gelbwolle: 18, 19, 20, 21 M. Eigene Fabrikat. Bei theureren Anzügen Teilzahlung, monatl. 10 M., gestattet.
Tomprowski, Schneidmstr., Sivalauerstr. 56, Laden.

Steppdecken Reine Wolle
 am billigsten 58952
 M. 8, 75, 4, 50, 5, 50, 6, 75 bis zu den elegantesten
R. & S. Moses,
 4. Reinickendorferstr. 4, an der Markthalle.

Möbel,
 Spiegel u. Polsterwaren reich, zu soliden Preisen, empfehle
H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf, Richardstr. 116, am Denkm.

Großer Möbelverkauf
Neue Königstr. 59.
 In meinem grossen Möbelspeicher bietet ich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der grosse Vorrat verliedert gewasener und zurückgelegter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Teilzahlungen unter den billigsten Bedingungen. Die Möbel können sofortfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Werkstätte transportirt.

Homöopathische Kuren
 bei Krankheiten des gehirnten Nerven- u. Sexualsystems, besonders in veralteten Fällen. Günstige Erfolge selbst da, wo die gewöhnlichen Arzneien unwirksam oder schädlich sich erwiesen. — Näheres im Prospekt, der auf Verlangen zugesandt wird.
Kanöopathische Ordinations-Anstalt WIEN, Giselstr. 6.

Steppdecken
 kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmannel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
 wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 59012